

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sechsgesetzte Petit.

Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei
25maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telephon-Nr. 99.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.Verantwortlich für die Redaktion: Georg Wihmann, Bochum.
Druck u. Verlag von Sandmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Aufträge an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Nichtung Bergleute!

Verbandsmitgliedern erwarten wir stramme gewerkschaftliche Disziplin, nur sie bringt der Arbeiterschaft Erfolg. Werbet jetzt überall neue Mitglieder, in allen Revieren sind noch Zehntausende zu gewinnen. Unsere Parole lautet: Unbedingte Einigkeit!

Der gegenwärtige Stand unserer Lohnbewegung.

In der dem Grubenkapital direkt oder indirekt dienstbaren Kette kann man jetzt „wohlwollende“ Erwähnungen an die Bergleute leisten, doch recht „besonnen“ zu sein, den „Bergen“ kein Gehör zu schenken. Warum diese Haltung der Bechenpresse? Weil die Beschenbesitzer sich den Teufel um die Allgemeininteressen gekümmert haben, indem sie nicht nur die Lohnforderung ablehnten, sondern auch jede Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen verhinderten! Also die Unternehmer lehnen den aufreizenden Abwehrungsstandpunkt heraus und da wagt es die Unternehmerpresse noch, von den Bergarbeitern „Besonnenheit“ zu verlangen! Nur Aufreizung wird der Hohn gefügt. Besonnenheit und Entgegenkommen haben die Beschenherren absolut vermissen lassen.

Aber die Herren vom Beschenkapital sind ja „entgegenkommend“ gewesen, sie haben — man höre! — die Arbeiterausschüsse bezeichnet als die Organe der Belegschaften, mit denen die Verhandlungen verhandeln. Wer in diesem „Entgegenkommen“ einen Erfolg für die Arbeiterschaft gesehen hat, wird inzwischen eingesehen haben, daß es sich nur um einen kapitalistischen Schachzug gegen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter handelt! Naum war das „Entgegenkommen“ bekannt, begannen in der Bechenpresse die Versuche, die Frage der Arbeiterausschüsse zu einem Streitpunkt zwischen Bechand und Belegschaften zu machen. Und nun kommt der „Gegentakt“: „Entgegenkommen“ ist gestoppt, die Belegschaften sind wieder auf dem Standpunkt der Arbeiterschaften zurückgekehrt. So hoffen die Beschenbesitzer, dass die Unternehmer, aber die Belegschaft hatte ein Los. Der Käfer verband ist gar kein prinzipieller Gegner der Arbeiterausschüsse, in Bayern, Mitteldeutschland und Schlesien sind die Arbeiterausschüsse zum größten Teil vom Verband gewählt. Das war 1905 uns an den Arbeiterausschusswahlen im Ruhrgebiet nicht beteiligt, lag in erster Linie an der damaligen schnellen Entwicklung vieler tausend braver Bergleute durch das berühmte Berggesetz und dem noch schlechteren Wahlreglement der Amtsräte. Infolgedessen war uns eine allgemeine Wahlbeteiligung unmöglich gemacht. Prinzipiell ist der Verband für Arbeiterausschüsse, sie dürfen aber keine Lohnregelung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation, sondern können nur eine Ergänzung derselben sein. Das aber die durch das preußische Berggesetz eingeschaffenen Arbeiterausschüsse mit Vorsicht beschlossen worden sind um der Gewerkschaftsbewegung die „Berechtigung“ abzusprechen zu können, ist nunmehr durch das Verhalten der Beschenherren bewiesen.

Der Plan war so schön eingedacht — aber es hat nicht sollen sein. Die Unternehmer kalkulierten: Wenn wir die Arbeiterausschüsse anerkennen, kommt es zum Bruch in der Siebenerkommission. Dadurch ist die Einigkeit gestört, die Lohnbewegung kann von den Verbänden nicht mehr geführt werden. Den Arbeiterausschüssen aber konnte man durch sisierte Lohnabgaben haarklein bemessen. Der Hohn sei schon „bedeutend gestiegen“, damit würden sich die Arbeiterausschüsse „befriedigt“ erklären und die ganze Lohnbewegung wäre in den Arbeiterausschüssen begraben gewesen. Ein verblüffter Beschen — wenn nur die „bösen“ Verbändevertreter auf den Letzt gehüpft wären.

Die Verbändler wissen, auch der beste Ausschuss ist für die Käfz, wenn es die Belegschaft unorganisiert ist. Weiter wissen wir, wenn es den Stuhrgewerbsunternehmern ums Gewissen zu tun gewesen wäre, hätten sie den Organisationsdirektoren Rücksichtungen gemacht. Darum konnten wir richtig das Vorgehen der Arbeiterausschüsse abwarten. Während nun in den Stufen und verlappten Bechenpresse noch ein großes Guthe von dem großen Erfolg, dem „Entgegenkommen“, der Anerkennung der Arbeiterausschüsse gemacht wurde, standen schon eine Reihe Ausschusssitzungen statt, wo die Bechenverwaltungen sagten, die Löhne seien gestiegen, würden, wenn die Lohnslage gut bliebe, weiter steigen, die 15 Prozent Mehrlohnforderung könne nicht bewilligt werden!!!

So füllte sich heraus, daß die Verbändevertreter ganz richtig stellten, als sie sagten, die Beschenherren hätten jetzt nur die Arbeiterausschüsse „anerkannt“, um durch sie die Lohnförderung zu lassen. In der Vorstandskonferenz am 26. Oktober (Bericht siehe weiter unten) ist denn auch — zur bitteren Enttäuschung der Spekulanten auf Arbeiterziviertracht — gar nicht über den Wert der Arbeiterausschüsse und über die Bedeutung ihrer plötzlichen „Anerkennung“ in der Lohnfrage debattiert worden. Kamerad Sachse erklärte, in der Siebenerkommission sei man sich eintig in der Auffassung, das „Entgegenkommen“ der Beschenherren gegenüber den Arbeiterausschüssen habe nur den Zweck, die Gewerkschaftsorganisation der Belegschaften faltzustellen! Diese Erklärung bewies den Beschenherren, daß ihre Spekulation auf die Verfestigung der Organisationsvertretungen mißglückt ist. Aber auch diejenigen Sozialpolitiker, die von einer unbegreiflichen Schwärmerie der Arbeiterausschüsse ergriffen zu sein scheinen, in den Arbeiterausschüssen die „einzige berufenen“ Arbeitervertretungen erblicken, werden jetzt hoffentlich einsehen, wie gefährlich für die absolut notwendige Gewerkschaftsbewegung der Bergleute eine gewisse „Einigkeit“ in der Arbeiterausschüsse werden kann.

Läßt euch durch keine Eigenmächtigkeiten irre führen, sondern achtet nur auf die Anordnungen der Organisationsleiter. Weist die Disziplinlosen und Uneinigkeitslistern entschieden zurück. Von den

Dieser Gefahr hat die Vorstandskonferenz vorgebeugt, indem sie einstimmig einen Beschluss faßte, der an erster Stelle die Gewerkschaftsbewegung als Vertreterin der wirtschaftlichen Arbeiterinteressen nennt.

Zu diesem entscheidenden Beschluss haben nicht wenig beigetragen die zwei sich direkt widersprechenden Artikel in dem Regierungsbuch „Norddeutsche Allgemeine Zeitung.“ In dem ersten Artikel (siehe in dieser Nr. den Artikel: Ein Regierungsbuch fordert auf: Bergleute organisieren sich) unterstellt das Regierungsbuch in anerkannter Weise die Bergarbeiterforderungen und mahnt die Beschenbesitzervertretung (Siebenerkommission) zu verhandeln. War schon diese Ausschreibung eine Überraschung, so war die Verblüffung allgemein, als einige Tage später die „Norddeutsche Allgemeine“ erklärte, der arbeiterfreundliche Artikel gehe nicht von der Regierung aus, sondern sei „Redaktionsarbeit“ und als darauf im selben Blatte ein Artikel erschien der die Beschenbesitzer unterstützte, lobte, sie ermunterte zu ihrer Ablehnung der Arbeiterorganisationen! Inzwischen wurde bekannt, daß Herr Bergwerksminister Delbrück sich telegraphisch wegen des arbeiterfreundlichen Artikels im Regierungsbuch bei dem Verband der Mühzechenbesitzer entschuldigt und erklärt hat, die preußische Regierung stehe auf dem Standpunkt, den der zweite (organisationsfeindliche) Artikel der „Nord. Allg. Zeit.“ vertrete!!! Sodann wurde durch die einzehende Heze der konservativen und nationalliberalen Bechenpresse gegen den Verfasser des (ersten) arbeiterfreundlichen Artikels klare, auch die „eine klare Redaktion“ wiederte, und erneut wurde er auf einer Stelle in der Reichsregierung, die dem Unternehmer- und Junkertum längst verhaft ist wegen ihrer reformfreudlichen, sozialen Gesinnung! Hierdurch offenbart sich die plötzliche zehnseitige „Anerkennung der Arbeiterausschüsse“ als eine arbeiterfeindliche Maßnahme! Das macht selbst solche Kameraden stutzig, die die Ansicht vertreten, der der „Bergknappe“ noch am 29. September 1906 Ausdruck verlieh indem er schrieb:

„Der Gewerksverein steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Wünsche auf Lohnaufbesserung durch die Arbeiterausschüsse vorgebracht werden sollen, da diese als die gesetzlichen Vertreter der Belegschaften allein hierzu berufen sind.“

Die Vorgänge in der Redaktion des Regierungsbuches haben aller Welt gezeigt: Die gewerkschaftsfreundliche preußische Regierung empfiehlt die Arbeiterausschüsse als „einzig berechtigte“ Arbeitervertretung, dagegen empfiehlt die sozialpolitisch vernünftige Stelle in der Reichsregierung die Anerkennung der Gewerkschaftsvertretung als Verhandlungspartei! Wer also nun noch die Arbeiterausschüsse als „allein berufen“ vorschließt, untersetzt diejenige Richtung in der Regierung, von der am 26. Oktober 1906 die „Essener Volkszeitung“ (Centrum) schreibt:

„Das preußische Ministerium ist reaktionär bis in die Knochen und erblickt in der Förderung der einseitigen Interessen der Großbesitzer und der Großunternehmer seine Hauptaufgabe.“

Mit diesem vernichtenden Urteil des Centrumsblattes über die Absichten der preußischen Regierung ist die von unserem Verband eingenommene Haltung in Sachen der Arbeiterausschüsse und der letzten Berggesetzgebung glänzend gerechtfertigt. Das Centrumsblatt sagt, wer die von der reaktionären preußischen Regierung vertretene Auffassung (Steinkohlenberichtigung der Arbeiterausschüsse etc.) unterstützen, arbeitet dem Betreiben auf Anerkennung der Gewerkschaftsvertretung entgegen. Was sich oberflächlich betrachtet als ein „Erfolg“ der Arbeiter darstellt, ist im Grunde nichts anderes als eine Unterstützung der Gewerkschaftsfeinde. Dieser Gedankengang wurde auch noch durch die inzwischen bekannt gewordene Ablehnung der Lohnförderung in den Arbeiterausschüssen der Ruhrzonen bestätigt und so kam die Vorstandskonferenz am 26. Oktober zu ihrem Beschluss, der allen Organisationen gerecht wird, keiner das Zusammenarbeiten erschwert. Dieser Beschluss erledigt die Meinungsverschiedenheiten über den Wert der Ausschüsse, indem er sie nur als untergeordnete Organe gelten läßt, die auch ihren Wert besitzen, aber nur wenn die Macht der Arbeiterorganisation hinter den Arbeiterausschüssen steht!

Zudem liegen noch andere Beweise vor für die gewerkschaftsfreundlichen Pläne der Werksherren, die so plötzlich „Freunde der Arbeiterausschüsse“ wurden. Die „Rh.-Westf. Zeitung“ vom 25. Oktober (Abendausgabe) berichtet, die Bechenverwaltungen im Stuhrgewerbe hätten in den bisherigen Ausschusssitzungen die 15 prozentige Lohnhöhung abgelehnt. Merkwürdigweise sind aber auf einer Anzahl Bechen schon gleich nachdem die von den organisierten Bergleuten eingesetzte Schichtlöhnerhöhung und Lohnbesserungen der Bergleute vorgenommen worden!!!

Am 22. September wurde von der Siebenerkommission der erste Beschluss hinsichtlich der diesjährigen Lohnförderung gefasst, und wenige Tage darauf wurden durch Anschläge (s. B. Montenig) oder durch Betriebsführer und Steiger in den betr. Gruben Schichtlöhne erhöht und den Bergarbeitern gefasst, sie sollten jetzt mehr verdienen. Solche Meldungen liegen uns aus allen Teilen des Stuhrgewerbes vor. Sowohl hat die Bechenpresse sich heiss zu versichern, diese Lohnbesserungen ständen nicht im Zusammenhang mit der Lohn-

bewegung der Organisationen, aber tatsächlich sind die betriebspezifischen Arbeiter erst gemacht worden, nachdem die Organisationen in der Lohnfrage vorgingen! So hat man verwaltungstechnisch auch den Ausschüssen gezeigt, ihr Vorgehen sei überflüssig, die Löhne liegen noch in den letzten Tagen hätten Lohn- und Gedingeaufbesserungen stattgefunden. Daraus kann jeder Kamerad erkennen, daß tatsächlich die Unternehmer immer noch nicht die Ausschüsse bei der Lohnfrage „mitwirken“ lassen, sondern Lohnbesserungen können nur erfolgen und sind, soweit sie eingetreten, nur erzielt worden, durch die Lohnbewegung der organisierten Bergleute.

Noch deutlicher ist dies im Saargebiet aufgetreten. Dort sind, bevor die Arbeiterausschüsse in Bewegung traten, nach einer Bekanntmachung der Bergwerksverwaltung die Löhne um 20 bis 30 Pf. pro Schicht aufgebessert worden. Erst darüber hinaus die Ausschüsse Sitzen ab, worin ihnen jedoch erneut erklärt wurde, die Lohnauflösungen sei schon erfolgt; die Anträge der Ausschüsse wurden abgelehnt. Damit ist klar und klar erwiesen: Was bisher bewilligt wurde und noch erreicht werden kann, daran sind die Ausschüsse unabhängig, es ist die Folge des Vorgehens der Bergarbeiterorganisationen! Um dessenwillen ist es nun die Pflicht aller Bergleute, wollen sie ihre Lage ausreichend verbessern, sich sämtlich der Organisation anzuschließen. Nur dadurch sind die gerechten Forderungen der Bergleute aller Reviere durchzuführen. Also: Einigkeit, Disziplin, massenhafter Anschluß an die Organisation, das beispielhaft, massenhaft, einheitlich hinzu in den Verbänden der Bergarbeiter Deutschlands!

Konferenz der Verbandsvorstände.

Die Siebenerkommission hielt am Freitag den 26. Oktober in Essen (Restaurant van de Loo) eine Sitzung ab, der sich eine Konferenz der Gesamtvorstände des Bergarbeiterverbandes, des christlichen Gewerksvereins, des polnischen Gewerksvereins, des Kirch-Dünkerschen Gewerksvereins und des Vereins zur gegenseitigen Hilfe (Oberösterreich) anschloß. Die Konferenz tagte öffentlich, die Presse wurde zugelassen.

Eßert (Gewerksverein) eröffnete die Konferenz und teilte mit, die Siebenerkommission habe eine Sitzung gehabt um Beratungen zu pflegen und die eingelaufenen Antworten der Bechenbesitzer auf die Lohnfrage zu sichern. Sachse (Verband) berichtete, es seien von 5 Unternehmerverbänden und 94 Bergwerksverwaltungen (27 Stein-, 78 Braunkohlengruben) Antworten eingegangen. Die Antworten lauteten sämtlich ablehnend. Besonders wird erklärt, die Kommission der Verbände würde nicht als Belegschaftsvertretung anerkannt, es sei den einzelnen Verwaltungen empfohlen, mit den Arbeiterausschüssen zu verhandeln.

Die Antwort des ausschlaggebenden Vereins der Mühzechenbesitzer lautet:

Essen, 22. Oktober.

Herrn W. Hammacher, Oberhausen.

Ihre geschätzte Befehl vom 10. d. M. mit welcher fünf Unternehmerverbänden die Arbeiter ausschließlich und allen Nebenanlagen beschäftigten Arbeiter ins Auge gefasst haben, ist in der heutigen Vorstandssitzung zur Vorlage gekommen. Der Bergbauverein erklärt wiederholend, diese Verbände nicht als Vertreter der Belegschaften anerkennen zu können und ist auch selbst nicht zuständig, über die Lohnfeststellungen Erklärungen abzugeben. Er muss es deshalb den einzelnen Bechenverwaltungen überlassen, in den geistlich gewählten Arbeiterausschüssen zu den eingereichten Forderungen Stellung zu nehmen.

Verein für die bergbaulichen Interessen.

kleine Gruppe. Fünf.

Von der Verwaltung der fiskalischen Stuhrgruben ist geantwortet worden:

Recklinghausen, 24. Oktober.

An Herrn W. Hammacher, Oberhausen-Rheinl.

Auf die von verschiedenen Bergarbeiterverbänden eingereichte Einlage vom 10. d. M. erwidern wir ergeben, daß gemäß § 80 I des Allgemeinen Berggesetzes und § 13, Absatz 1, Nr. 5 der für die Königlichen Steinkohlenbergwerke in Westfalen erlassenen Sitzungen für die Wahl und Tätigkeit des Arbeiterausschusses Untergesetz, die Bergbauverwaltung zur Vorlage gekommen. Der Bergbauverein erklärt wiederholend, diese Verbände nicht als Vertreter der Belegschaften anerkennen zu können und ist auch selbst nicht zuständig, über die Lohnfeststellungen Erklärungen abzugeben. Er muss es deshalb den einzelnen Bechenverwaltungen überlassen, in den geistlich gewählten Arbeiterausschüssen zu den eingereichten Forderungen Stellung zu nehmen.

Königliche Bergwerksdirektion.

ges. Scharf.

Im gleichen Sinne sind alle Antworten gehalten. Die Verwaltungen der Stahlgruben gehen also Hand in Hand mit den Privatkapitalisten in der Nichtanerkenntung der Arbeiterorganisation. Die Siebenerkommission schlägt der Konferenz folgenden Beschluss vor, der entschieden das Organisationsrecht der Arbeiter betont und den Verlust unterlässt, das wirkliche Entgegenkommen der Unternehmer festzustellen:

Die Verbandsvorstände protestieren energisch gegen den Standpunkt der Werksherren, welche mit den Vertretern der Arbeiterorganisation nicht verhandeln und damit auch das gesetzliche Koalitionsrecht der Arbeiter nicht anerkennen wollen. Wie halten an der primitivsten Dordaer unter allen Umständen fest, das

Verhandlungen von Organisation zu Organisation zu führen sind, da hierdurch der wirtschaftliche Friede in der Bergwerksindustrie am besten aufrecht zu erhalten ist und die Interessen der Bergarbeiter so am wärmsten vertreten werden können. In der gegenwärtigen Situation bestehen vor: Die Arbeiterausschüsse aller Kohlenreviere Deutschlands werden verpflichtet, sofern sie nicht wirtschaftlich wegen der Löhne, Sperrre und Nebenschichtenfragen zu einer Sitzung geladen werden, sofort eine Sitzung bei ihrer Verwaltung zu beantragen, um die Förderung der Verbände dort zu verhindern. Von der Resolution der Sitzung haben die Ausschüsse Mitglieder auf alle Fälle ihren Organisationen sofort Bericht zu erstatten. Wo Ausschüsse nicht vorhanden, oder aus unorganisierten Bergbausozialverbänden bestehend, sind die Belegschaften verpflichtet, sofort Belegschaftsversammlungen einzuberufen, um eine Kommission zu wählen, welche zu Verhandlungen mit den Verbänden veranlaßt wird. Auch diese Kommissionen haben dann das Resultat an ihre Organisationen zu kommunizieren. Die Verbände müssen spätestens bis zum 8. November d. J. bei den Organisationsvorständen eintreffen, damit diese am 9. November in gemeinsamer Sitzung darüber beschließen können.

Blechhütte (polnische Vereinigung) hat nichts gegen den Beschluss, sagt aber, die Arbeiterausschüsse mügten den Arbeitern gar nichts. Sie wollen von den Bechenbesitzern nur bemüht um die Arbeiterorganisation redlos zu machen.

Sachsen erklärt, eine Diskussion über den Wert der Ausschüsse sei jetzt überflüssig. Wenn auch über den Wert mancher Meinungsverschiedenheiten existierten, so besteht doch nun Einmündigkeit in der Auffassung, daß die Unternehmer seit die Ausschüsse barzuleben um der Arbeiterorganisation das Vertretungsrecht abzuerkennen. Das sei in den letzten Tagen deutsch zum Vorschein gekommen. Die Organisationsvertreter in der Siebenenkommission seien sich einig in dem Bestreben, nichts unversucht zu lassen um den Bergleuten die Sympathie der Öffentlichkeit nicht zu verscherzen. An der aufgestellten Forderung würde festgehalten.

Bei der Abstimmung wurde der Kommissionsvorschlag einstimmig angenommen.

Zum Punkt **Sperrre** hat die Siebenenkommission beschlossen, nachdem die Bechenherren die Sperrre angeben, aber daran festhalten wollen, die Oberbergämter und die Regierung um Abschluß zu ersuchen.

Köhlers (Gewerbeverein) verliest folgende von der Kommission verehrte Eingabe:

"Das Bestehen der von den Bergarbeitern so delikat empfundenen Sperrre, durch welche für die betroffenen Arbeiter die gesetzlich verbotene Freiheit und der freie Arbeitsvertrag gefehlwidrig beschränkt bzw. aufgehoben ist, kann nicht mehr bestreiten werden. Dieses wider die guten Sitten verstoßende System wird von den Unternehmern mit dem Vorwand verdeckt, daß durch eine größere Stetigkeit der Belegschaft eine größerere Sicherheit für den Betrieb und die Gesundheit der Bergarbeiter herbeigeführt wird. Anderseits wird darauf hingewiesen, daß allgemein ein außerordentlich starker Belegschaftswechsel zu verzeichnen ist. Die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen stimmen der Auffassung durchaus zu, daß die Stetigkeit der Belegschaft die Betriebssicherheit und Leistungsfähigkeit eines Bergwerks erhöhen. Diese Stetigkeit der Belegschaft darf jedoch nicht mit der Behinderung der Freiheit der Arbeiter und ihrer gesetzlich verbrieften Rechte erzeugen werden, wie es durch das System geschieht. Durch die Sperrre bezweckt die Bechen nichts anderes, als den Arbeiter an das Bergwerk zu fesseln, indem man ihm die Möglichkeit nimmt, auf einer der von dem Wohnsitz des Arbeiters erreichbaren Bechen anzugehen zu werden. Infolge dieser unwilligen Zwangslage, in der sich jeder einzelne Arbeiter befindet, hat es die Bechenleitung in der Hand, die Löhne der Arbeiter zu drücken bzw. niedrig zu halten. Während sich die anfänglichen Arbeiter mit innerer Empörung dem Zwang der Verhältnisse fügen, werden die jüngeren und nicht anfänglichen Arbeiter dadurch zu einer höheren, unnatürlichen Fluktuation gezwungen. Wir gestatten uns die Aufmerksamkeit des Kgl. Ministeriums auf diesen gelegwiderigen, gegen die guten Sitten verstörenden und die Bergarbeiter verlegenden und bedenkenden Zustand zu lenken. Zugleich richten wir an das Kgl. Ministerium, namentlich der von uns vertretenen Bergarbeiter das dringende Eruchen, angemäßt dieses großen Nebelstandes Maßnahmen zu treffen, die die Aufhebung der noch bestehenden Sperrre zur Folge haben."

Huse (Verband) sagt, nach den letzten Vorgängen halte er eine Eingabe an die Oberbergämter und die preußische Regierung für überflüssig. Aus dem zweiten Artikel der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gehe hervor, daß die preußische Regierung bzw. die Bergbehörden mit den Bechenbesitzern ein Herz und eine Seele teilen. Sich an diese Stellen zu wenden, um Arbeiterfürsorge zu erlangen, sei ausichtslos. Der erste Artikel in der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" verdeckte seine Entstehung zweifellos einer Persönlichkeit in der Reichsregierung, die dem Unternehmertum längst verhaft sei. Wir wollen der preußischen Regierung unser Misstrauen ausdrücken, indem wir sie gar nicht antun, sondern sofort die Reichsregierung, den Reichstag auffordern, gegen die Sperrre einzuschreiten.

Köster (Gewerbeverein) ist mit der Verurteilung des arbeiterfeindlichen Verhaltens der preußischen Regierung, speziell des Ministers Delbrück, einverstanden. Trotzdem könne man die Eingabe dorthin senden, damit sich Delbrück äußere. Er (Köster) drückt sein Bestreben aus über die Handlungswise des preußischen Handelsministers, der in dieser kritischen Zeit sich wegen eines arbeiterfreundlichen Artikels ("Nordd. Allg.") bei den Bechenbesitzern entschuldigt, dadurch den Schornsteinen den Rücken stärke. Dagegen könne ein besonderer Beschluß gesetzt werden.

Eßert (Gewerbeverein) versteht nicht, wie Köster sein "Befreinden" über die Haltung des Ministers Delbrück ausdrücken könne. Dem Mann habe doch kein Mensch zugestanden, er stecke hinter dem arbeiterfeindlichen Artikel in der "Nordd. Allg. Ztg.". An den Reichstag können wir auch gehen, aber wir wollen zuerst die Oberbergämter und den preußischen Minister anrufen, damit wir noch mehr Material haben.

Huse (Verband) sagt, er dürfe wohl sagen, daß der erste Artikel in dem Regierungsblatt allgemeine Sympathie bei den Bergleuten habe. Um so füller war der Wasserstrahl, den der zweite Artikel und die Entschuldigungsvisite des Bergwerksministers bei dem Unternehmerverbund auf die Vertrauensseligen ausübte. Wenn Eßert die Eingaben auch an die preußische Regierung gehen lassen will, um Material gegen die preußischen Reaktionäre zu bekommen, dann sei er vollkommen einverstanden.

Die Eingabe betreffend Sperrre wurde dann einstimmig angenommen.

Sodann wurde die Frage der **Nebenschichten** besprochen. Da auch hier kein Gegenentwurf seitens der Werke vorliegt, ist die Siebenenkommission folgende Eingabe an die Bergbehörde vor:

Das Nebenschichtenzwölfer hat im Bezirk des Oberbergamtes einen ganz außerordentlichen Erfolg erzielen. Dadurch entsteht für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter sehr erhebliche Gefahren. Durch die dauernde Nebenschichtung und ungenügende Ruhe des Arbeiters leidet nicht nur der Gesundheitszustand der Arbeiter in hohem Maße, sondern unter solchen Bedingungen kann von den überangestrengten und abgespannten Arbeitern die für die Sicherheit des Bergwertes unumgänglich notwendige Vorsicht in der Arbeit nicht genugend beachtet werden. Dieser Überstand ist im Bezirk des Königlichen Oberbergamtes Dortmund so allgemein vorhanden, daß er in den Kreisen der Bergarbeiter zu lebhafter Beunruhigung geführt hat.

S. 197 des Allg. Berggesetzes für die preußischen Staaten verpflichtet die Oberbergämter, zu prüfen, ob mit Rücksicht auf die den Gesundheitszustand der Arbeiter beeinflussenden Betriebsverhältnisse eine Zeitzugabe des Beginns und des Endes der täglichen Arbeitszeit geboten und ihnen die Befugnis erteilt, nach Anhörung des Gesundheitsberates die erforderliche Festsetzung zu treffen, um die oben angeführten Überstände zu beseitigen. Im Auftrage der von mir verantworteten Bergarbeiter im Bezirk des Oberbergamtes werden wir mit dem Königlichen Bergamt an das Königliche Oberbergamt, unverzüglich eine beschleunigte Prüfung der Betriebsverhältnisse, somit

das Leben und Nebenschichtenmesen in Frage kommen, vorgenommen und nach Anhörung des Gesundheitsberates ein Verbot der Nebenschichten zu verfügen."

Probst (Oberschlesischer Verein) bittet, die Eingabe auch an das Oberbergamt Breslau, überhaupt an alle Oberbergämter zu senden. In Oberschlesien müßten die Bergleute auch unterirdisch noch zwölf Stunden pro Schicht arbeiten, wenn dazu noch die Nebenschichten kämen, würde der Mensch schnell ruiniert.

Jedawetz (polnische Vereinigung) kritisirt sehr scharf das Nebenschichtenzwölfer. Das müsse gesetzlich verboten werden.

Kötter (Gewerbeverein) erklärt, es sei ein Standes, daß heute noch ein Bergmann vor der Kohle wöchentlich zwei und drei Nebenschichten mache. Der Körper würde ruiniert und die Familie habe dann Schaden. In sechs Schichten pro Woche müßten die Arbeiter einen auskömmlichen Lohn verdienen.

Hüntemann und **Kochmann** (Verband) sind ebenfalls der Ansicht, der Arbeiterschaft sei am besten gedient, wenn gar keine Nebenschichten gemacht werden. In den Gewerben mit stärkster Arbeitszeit und keinen Nebenschichten steht der Lohn pro Schicht am höchsten. Was in Nebenschichten mehr verdient würde, ginge häufig genug in nachfolgender Krankheit doppelt und dreifach wieder drauf. In England arbeiten unsere Kameraden nur 5-6½ Schichten die Woche, haben aber jährlich ein viel höheres Einkommen wie die deutschen Bergleute. Die Organisationen müßten ihre Mitglieder über die Schädlichkeit des Nebenschichtenzwölfers aufklären.

Nach einigen unwesentlichen Bemerkungen wird die Eingabe einstimmig gutgeheissen.

Sachsen (Verband) hat mittlerweise eine Resolution, betreffend das Verhalten des preußischen Ministers Delbrück gegenüber den Bergleuten, entworfen. Sachsen führt zur Begründung aus, es handle sich nicht um ein Missbilligungsstück gegen den Minister, sondern wie die Bechenpreise schreibt, "auch ein Kesselkreis gegen den Veranlasser des ersten arbeiterfreundlichen Artikels des Regierungsblattes in Gang". Diese den Bergarbeiterforderungen wohlgesinnte Persönlichkeit soll offenbar die kapitalistischen Wurzeln Opfer fallen. Wie Arbeiter würden diese Maßregelung einer Persönlichkeit, die mit uns sympathisiert, auf einen neuen Schlag ins Gesicht empfinden. Wenn der kapitalistische See rast, um sein Opfer zu verschlingen, dann wollen wir für den Mann, der arbeiterfreundlich geprägt ist, in die Schranken treten. **Kötter** und **Eßert** (Gewerbeverein) schließen sich Sachsen vollkommen an. Das Verhalten des Ministers Delbrück sei eine Verhöhnung der Arbeiter. — Einstimmig wurde dann folgende Resolution angenommen:

Die am 26. Oktober im van de Voischen Lokale in Essen tagende Konferenz der beteiligten fünf Bergarbeiterorganisationen spricht ihr Bedauern darüber aus, daß der preußische Handelsminister bei einer Arbeitgeberorganisation, dem Verein für die bergbaulichen Interessen in Essen, sich negativ entschuldigt, daß er einen sozial vernünftig gehaltenen Artikel in der "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" weder verantworte habe, noch auftheile. Dadurch ist dem Schachtmachersstandpunkt des Bergbau-Vereins nur der Niedergestellt und die Spannung, die zwischen den Bergarbeiterorganisationen und den Bergherren vorhanden ist, nur noch verschärft worden. Die Auseinandersetzung ist der Meinung, daß die eventuellen Folgen dieser Verschärfung und Spannung nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen. Die Regierung hätte wahrschließlich die Pflicht, die Werksherrn zu veranlassen, sich noch zu bestimmen, um mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, anstatt dieselbe hartnäckig von der Hand zu weisen und dadurch den wirtschaftlichen Frieden zu gefährden. Diese Handlungswise des Ministers wird hiermit dem Urteil der öffentlichen Meinung unterbreitet.

Damit hatte die Konferenz ihr Ende erreicht. Die Verhandlungen stützte nicht der geringste Miston, die Spekulation der Becheninteressenten auf die Uneinigkeit der Arbeitervertreter ist läufig. Am Ende gegangen. So kammeradschaftlich wie die Vorstandeskonferenz beraten hat, müssen sich auch die Belegschaftsmitglieder in den Versammlungen verhalten. Je einiger die Arbeiter sind, um so gründlicher verderben sie ihren Feinden das Spiel. Glück auf!

Ein Regierungsblatt fordert auf: Bergleute, organisiert euch!

"Ein Gemüth in die Wagschale zu werfen hat hier nur der Arbeiter als Masse."

Unsere Lohnbewegung hat auch die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung", ein anerkanntes Organ der Regierung, zu einer Kundgebung veranlaßt, die großes Aufsehen erregt. Noch erklärt die Redaktion, der Artikel trage keinen amtlichen Charakter, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß ein Blatt, dessen enge Beziehungen zur Regierung allbekannt sind, über die Bergarbeiterbewegung in einer Weise schreibt, die einer direkten Aufforderung an die Bergleute, sich zu organisieren, gleichkommt.

Das Regierungsorgan beschäftigt sich mit dem Besluß der Bergverbänderversammlung (Berlin, 17. Oktober) und schreibt dazu:

"Das der etwige Entschluß der Bechenverwaltungen, keinerlei Kooperation zu machen, dem Wunsche, daß es zu einer friedlichen Verständigung beider Teile kommt möge, keine Rechnung trägt, wird jedenfalls in den weiteren Kreisen der Öffentlichkeit nicht gerade einen günstigen Eindruck erwecken, weil man hier überwiegend von der Ansicht ausgeht, daß die Bergarbeiter tatsächlich infolge der eingetretenen Tenerung trotz des in den letzten Jahren wieder eingetretenen Steigens der Löhne bezüglich ihrer gesamten Lebenshaltung in Nachteil geraten sind und deshalb einen gewissen Aufsprung auf Berücksichtigung seitens der gerade jetzt durch besonders reiche Gewinne begünstigten Bergwerksbesitzer haben. Wenn nun auch in den Kreisen der Leitungen die Überzeugung herrschen mag, daß es trotz schwerer Abneigung aller Forderungen zu einem demnächstigen Streit nicht kommen werde, so wäre es vielleicht trocken zweitmäßig im Interesse der Löhne im Bergbau gewünscht, wenn bei dieser Gelegenheit nicht ein einseitiger Machtkampf, sondern das Gefühl der Billigkeit und der Wunsch, in dauerndem Frieden mit der Arbeiterschaft auszukommen, zur Geltung gebracht würde. Auch in der rechtsseitigen Presse ist ja vielfach der Ansicht Ausdruck gegeben worden, daß, wenn auch an die Gemächung einer 15 prozentigen Lohn erhöhung nicht zu denken sei, den Arbeitern doch eine Abzahlung auf ihre Forderung, wenn auch nur in Form einer milderen Tenerungszulage, gewünscht werden dürfte. In der Presse wird, wenn auch bereits hier und dort leicht zum Ausdruck gebracht, daß der Bergbauverein nicht erwarten könne, die Sympathien der Leistungsfähigkeit auf seiner Seite zu finden, wenn er der Bergarbeiterforschung jedes Entgegenkommen verweigere."

Die Forderung der Bergleute wird damit als berechtigt anerkannt, seitens des Regierungsblattes wird auch die eingetretene Tenerung zugegeben. Es heißt weiter in dem Regierungsblatt:

"Nun scheint uns allerdings aus den oberbergamtlichen Lohnnachweisungen unweidebar hervorzugehen, daß in diesem Jahre bereits nicht unerhebliche Lohnsteigerungen eingetreten sind, und auch die Bezeichnung ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Aufwärtsbewegung der Löhne auch weiterhin noch ihren Fortgang nimmt. Die Rechtsseite der Medaille ist aber, daß die Kaufkraft des Geldes seit dem Jahre 1900 offenkundig erheblich zurückgegangen ist, da die Lebensmittelpreise zurzeit ein wesentlich höheres Niveau als im Jahre 1900 aufweisen. Daß sich der zahlmäßig festgestellte Aufwand für Lebensmittel in den letzten Jahren und dem ersten Semester des laufenden Jahres erheblich gezeigt habe, wird auch in einer vom Bergbauverein herausgegebenen Publikation von Dr. Jung in Essen nicht bestritten, wenn er auch freilich ausdrücklich hiermit die Behauptung zu vereinigen sucht, die Steigerung der Löhne der Bergarbeiter habe für die höhern Preise, nicht nur einen vollen Ausgleich geschaffen, sondern auch noch

einen Überschuss gelassen, der eine erhebliche Verbesserung in der Lebenshaltung unserer Belegschaften bedeutet". Diese Überaus rostige Betrachtungswweise scheint schon deshalb der näheren Prüfung bedarf, weil selbst mehrere dem Bergbauverein sonst nahestehende Organe angegeben haben, daß im rheinisch-westfälischen Industrieviertel im laufenden Jahre zwischen Lohnniveau und Lebensmittelpreisen ein auffälliges Missverhältnis eingetreten sei. Hieraus scheint uns, Dr. Jung hat ein wenig zu viel verheißen, wenn er auch das Vorstellen eines vorübergehenden Fortschritts bestreitet, d. h. der Bergbauverein ein Missverhältnis zwischen Lohn- und Marktprice im Bergrevier selber selbst zugegeben hat, ind. er ausführen ließ: Es habe die ganz ungewöhnliche Schöpfung der Lebensmittelpreise um mehr als acht Prozent im Jahre 1906 keinen Ausgleich durch eine entsprechende Lohnsteigerung gefunden mit der Folge, daß die materielle Lage der Münchbergarbeiterforschung gegenwärtig bei mindestens gleichem Geldlohn wie 1900 doch relativ nicht so gut sei, wie in dem genannten Jahre. Hierzu kommt endlich, daß auch der Anteil des Lohnes am Wert der Produktion gesunken ist. Aus dem Angestellten distanzierte sich ergo, daß trotz Steigens der Löhne die Lebenshaltung der Bergarbeiter hinter dem Stand vom Jahre 1900 noch erheblich zurücksteht, die Löhne daher schwerlich als "ausreichend" bezeichnet werden können, wenn man auf dem Standpunkt steht, daß es im politischen und kulturellen Interesse erwünscht ist, daß auch die Arbeiterschaft an den Segnungen der wirtschaftlichen Entwicklung jederzeit den ihr gebührenden Anteil erhält."

Eine bessere Begründung der Bergarbeiterforderungen, wie das Regierungsorgan sie gibt, können wir uns nicht wünschen. Zu gegeben wird das Zurückbleiben der Löhne hinter dem Steigen der Unterhaltskosten der Arbeiterfamilien. Wie aber sollen die Bergleute aus dieser schlechten Lage herauskommen, wenn die Belebensförderer keine entsprechende Lohnsteigerung gefunden haben?

Die Bergarbeiterfordernisse an der agrarischen Nahrungsverteilungspolitik festhält? Im Jahre 1905 haben wir geschrieben, wenn die höheren Böll in Kraft treten, würden sie die Volksnahrung verteuern und damit die Löhne verschlechtern. Hätten sich damals sämtliche Arbeiterverbände einig, gegen die Lebensmittelzollsteuerung energisch gewendet, den Kollektiven wäre ihr Streit nicht gelungen, die Arbeiterschaft befände sich heute nicht in so sibirischer Lage. Aber wir in unser Bergarbeiterverband hat von den gräßigeren Bergarbeiterorganisationen den Kampf gegen die Böllner geführt, unser Bergarbeiterverband hat von den gräßigeren Bergarbeiterorganisationen den Kampf gegen die Böllner geführt, wir danken und den heutigen Zustand voran gesagt! Daß wir damit im wohlvorstandenen Interesse der ganzen Kameradschaft gehandelt haben, bestätigt uns jetzt das Regierungsblatt, bestätigen uns die Bechenorgane, indem auch sie jetzt den höheren Nahrungsmitteleinsatz und der Grenzsperrre die Schuld an der Teuerung geben.

Das Regierungsblatt beschäftigt sich dann mit der Organisationsfrage der Bergarbeiter. Es schreibt:

Was die formelle Behandlung der Lohnfrage durch die Vertreter der Bechenverwaltungen betrifft, so haben sie ebenfalls abwechselnd die Anerkennung der Siebenenkommission rücksichtslos abgelehnt, da die Organisationen, die den Anteil eingereicht hätten, nicht als zuständige Vertreter der Grubenbelegschaften angesehen seien. Dieses Vorgehen bildet einen gewissen Kontrast zu dem Verhalten der Unternehmer in anderen Gewerben, vor allem im Buchdruckerhandwerk, wo man schon längst die Vortheile friedlicher Vereinbarungen, gemeinsamer Feststellung der Arbeitsverträge begriffen hat. Es spricht sich darin ein besonders hoher Machtkampf aus, daß auch der Schein einer Zulassung der Arbeiterschaft zur Normierung der Arbeitsbedingungen vermieden schenkt. Allerdings ist ein derartiges konsequentes Verhalten an solchem nur einmal jährlich allgemein für überwunden angesehenen Standpunkt nur zu begreifen, böses Blut zu machen und die Unternehmer in der Öffentlichkeit von vornherein ins Unrecht zu sehen. Dieses Verhalten bildet auch einen Kontrast zu der straffen Organisation und Konzentration, die sich gerade die Bergarbeiterindustrie in ihrem Syndikaten gegeben hat. Wie sich vor diese Organisation auf den Arbeitern werden kann, haben die Löhne über die Arbeiterschaft so eben erst bewiesen. Solchen mächtigen Ringen gegenüber ist natürlich der einzelne Arbeiter noch hilfloser und schwächer, als er es bereits dem einzelnen Vertrieb gegrüßt über ist. Ein Gewicht in die Wagschale zu werfen hat hier nur der Arbeiter als Masse."

Vollkommen richtig! Die Bechenbesitzer haben sich in "Bergbauverein", Syndikaten und Kartellen sehr stark organisiert, die Käufer und Verbraucher von Kohlen, Stahl, Brülets, Erzen, Salzen können von der einzelnen Bechen nichts beklagen, sondern werden von ihr an das Syndikat verwiesen. So haben die Bechenbesitzer das Prinzip der straffen Centralorganisation durchaus zur Anwendung gebracht, sie übertrugen ihre Interessenwahrnehmung einer einheitlichen Vertretung.

Die Arbeiter haben denselben Weg eingeschlagen. Auch die Arbeiter sahen ein, daß sie vereinzelt gegen die Unternehmer nicht aufkommen können, auch die Arbeiter haben gemeinsame Interessen und sind dazu übergegangen, sich eine zentrale Interessenvertretung zu schaffen. Der einzelne Arbeiter ist ohnmächtig gegenüber dem Unternehmer, darum will der Unternehmer auch wieder mit jedem einzelnen Arbeiter zu tun haben. Für sich beanspruchen die Bechenherren volle Vereins- und Vertretungsrechte, die auf demselben berechtigten Prinzip aufgebauten Arbeiterorganisationen wollen die Bechenherren aber nicht anerkennen! Und doch sagt selbst das Regierungsorgan: Der Arbeiter kann nur als Masse, durch eine Massenorganisation sich Gestalt verschaffen!

In anderen Gewerben, z. B. bei den Buchdruckern, den Bauarbeitern, haben die Unternehmer ihren immer hältloser gewordenen Herrenstandpunkt verlassen, es werden Verträge mit den Arbeiterverbänden abgeschlossen, es wird von Organisation zu Organisation verhandelt! Das ist nach Lage der wirtschaftlichen Entwicklung auch allein noch richtig. Solange diese Verhältnisse im Bergbau nicht eingeführt ist, wird jederzeit eine schwere wirtschaftliche Katastrophe zu befürchten sein.

Warum wollen die Bechenherren wieder nicht mit den Organisationsvertretern verhandeln? In der "Kölnischen Zeitung" wird auf diese Frage die Antwort gegeben: "Weil die Siebenenkommission noch nicht ein Drittel der Belegschaft vertritt." In dem Artikel der "K. Z.", der zweitlos aus Bechenbesitzerkreisen stammt, wird erklärt, der Buchdruckerverband habe fast die gesamte Belegschaft in sich vereinigt! Deswegen würde er als Arbeitervertreter anerkannt! Also gerade wie das Regierungsorgan fordert auch das Kölnische Bechenorgan die Bergleute auf, Organisiert euch so stark wie die Buchdrucker, dann wird mit den Vertretern der organisierten Bergleute verhandelt!!! Kameraden, wir nun noch nicht dem Verband beitreten, der

Partizipatoren ist also auch für die Bergwerksindustrie längst bewiesen. Allerdings ist die Vorbereitung die Gewinnung der übergegangenen Majorität der Belegschaften für den Bergarbeiterverband, und deshalb wiederholen wir, was das Regierungsorgan sagt: „Bergleute, organisiert euch in Masse, nur dadurch könnt ihr euer Gewicht in die Wagschale werfen.“

Indes ist das jegliche Verhalten der Werksbesitzer durchaus widersprüchsvoll. Die Organisationsvertreter wollen die Herren nicht anerkennen, angeblich weil sie nur ein Drittel der Belegschaften hinter sich haben. Über die Arbeiterausschüsse will man nun anerkennen auch in der Lohnfrage, obgleich die Arbeiterausschüsse nicht den zehnten Teil der Arbeiter hinter sich haben, von vielen Belegschaften sogar fast einstimmig abgelehnt sind!!!

Sehr auffallend ist diese plädierte Vorliebe der Bechenverwaltungen für Arbeiterausschüsse. Als sie durch Gesetz eingeführt werden sollten, haben sämtliche Bergarbeiterorganisationen verlangt, dass Ausschüsse auch die Befugnis zu erteilen, in Lohnfragen mitreden zu können. Dieser Antrag wurde abgelehnt, dadurch gewannen die auf Grund des verhunzten Berggesetzes errichteten Arbeiterausschüsse den Charakter von einflusslosen Dekorationen gerade hinsichtlich der entscheidenden Lohn- und Gehingefragten. Im Frühjahr 1906 sind eine Menge Arbeiterausschüsse auf den Anhänger auf Anregung des Gewerksvereins mit „Lohnwunschen“ an die Grubenvorwaltungen herangetreten. Was war das Resultat? Einige Ausschüsse sind leere Versprechungen gemacht worden, die meisten Ausschüsse wurden mit dem Bescheid zurückgewiesen: „Ihr habt kein Recht in Lohnfragen zu verhandeln, wir erkennen euch nicht an!“ Was haben die Ausschüsse erreicht? Im März 1906 versuchten sie, eine Lohnaufbesserung zu bekommen, am 12. Mai 1906 schrieb der „Bergknappe“:

„Die Klagen bei Arbeit wöllen nicht verstummen! Die Unzufriedenheit der Arbeiter ist nicht stillisch bevorgerufen. Nein, sie hat ihre volle Berechtigung. Der Arbeiter steht in den Sitzungen von den großen Gewinnen, welche den Werksbesitzer auslöschen, daneben sieht er seinen klaglichen Lohn, vielfach feucht er unter einer nicht freundlichen Behandlung. ... Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit ... wenn man sieht, nicht auch dem Arbeiter einen angemessenen Anteil plommen lässt.“

Hier wird die Unzufriedenheit der Arbeiter berechtigt genannt, es werden klagliche Löhne, schlechte Behandlung und dergl. mehr konstatiert. Dies Klagedikt stimmte der „Bergknappe“ an zwei Monate nach dem „Eingreifen der Arbeiterausschüsse“, von denen sich die Gewerkschaftsdelegierten auf der Essener Konferenz noch so viel versprochen hatten. Die Arbeiterausschüsse hatten also nichts erreicht für die Belegschaften!

Die Ansicht, als ob die Arbeiterausschüsse von sich aus eine Aufbesserung der Löhne erreichen könnten, hat sich dennoch als völlig irrealistisch erwiesen. Die Arbeiterausschüsse werden niemals tatsächliche Erfolge für die Belegschaften erzielen, wenn die Gewerkschaftsorganisation schwach ist.

Allerdings ist es leider garnicht einmal wahr, dass die Arbeiterausschüsse gelegentlich berechtigt wären, in Lohnfragen vorzugehen. Das Bechenblatt, die „Mehn. West. Ztg.“, schrieb am 21. Sept. 1906:

„Allerdings steht man hier (Gewerksverein) die Hoffnung auf die Bergarbeiterausschüsse, eine Hoffnung, die vielleicht in der jetzt brennenden Lohnfrage vergeblich ist. Gleichzeitig haben die Bergarbeiterausschüsse in dieser Frage nicht mitzureden!“

In der Tat, so ist leider der gesetzliche Zustand. Deswegen haben wir auch so entschieden gegen das Gesetz protestiert. In diesem Frühjahr sind ja auch die Arbeiterausschüsse unter Verfassung auf das Gesetz mitsensig zurückgewiesen worden, als sie Lohnfragen besprechen wollten.

Wie kommt es nun aber, dass jetzt die Bechenbesitzer gerade mit den Arbeiterausschüssen die Lohnfrage behandeln wollen? Das beruht auf der schon erwähnte Artikel der „Kölner Zeitung“, worin es heißt:

„Der Bergbauliche Verein wird weiter seine ablehnende Haltung gegen die Eingabe der Siebenkommission damit begründen, dass er die Siebenkommission nicht als Vertretung der Gesamtbelegschaften anerkennen könne, und wird die Bergarbeiter aus Verhandlungen mit ihren betreffenden Bechenverwaltungen verweisen. Dies wird der Bergbauliche Verein besonders damit erhartern, dass er gar nicht in der Lage sei, auf die Gestaltung der Löhne auf den einzelnen Bechen einen Einfluss ausüben, dies sei an sich den einzelnen Werksbesitzern vorbehalten und müsse ihnen vorbehalten bleiben. Des Weiteren besteht bei den Bechenverwaltungen der Wille, dann in Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen einzutreten. Wo die Arbeiterausschüsse eingerichtet haben, werden die Werksbesitzer und ihre leitenden Beamten eingehend mit den Arbeitern verhandeln, ihnen das ganze Material über die Löhne vorlegen und alles tun, damit die Arbeiterausschüsse ein vollständiges Bild der Lage gewinnen können, um in der Lage zu sein, die Berechtigung ihrer Anträge möglichst zu beurteilen. Obwohl nach der Ansicht der Bechenverwaltungen die Arbeiterausschüsse zur Erledigung von Lohnfragen gesetzlich nicht berechtigt sind, (11) werden die Verwaltungen, gerade um die Verständigung herbeizuführen, die Ruhe im Bergwerksgewerbe zu fördern und die Motive des Vorgehens der Urheber der Bewegung klar zu legen, in diesem Fall ihren Standpunkt verlassen, dass Lohnfragen in den Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen auszuscheiden seien. Es wird vorworaud Bechenverwaltungen, bei denen von den Arbeiterausschüssen Anträge eingerichtet worden sind, alles geschehen, um aufklärend und beruhigend auf die Belegschaften einzutreten.“

Was beachtigen die Bechenherren mit ihrer gegen das Gesetz gerichteten Schwenkung? Sie wollen jede Belegschaft, jeden Ausbau kontrollieren, sie wollen auf diese Weise die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter beiseite schieben! Die Arbeitermasse soll nicht ihr Gewicht in die Wagschale werfen. Die Ausschaltung der Organisation wird den Werksbesitzern aber niemals gelingen, schon weil die ganze Welt erfahren hat, dass die Güterrichtung der Lohnforderung auf Betrieben der Bergarbeiterorganisationen erfolgt ist! Von Seiten unseres Verbandes ist in der Siebenkommission der Wunsch gestellt worden, in Abrechnung der Teuerung die allgemeine Lohn erhöhung zu fordern. Der Verband ist wegen dieses Antrages aller möglichen Schlechtigkeiten beschuldigt worden, der Verlauf der Lohnbewegung hat aber schon gezeigt, dass der Bergarbeiterverband das Richtige für die Arbeiterinteressen getan hat. Selbst Regierungsorgane und Bechenbesitzer geben die Leitung und die Notwendigkeit einer besseren Rendition zu. Das Verdienst, die Lohnbewegung in Fluss gebracht zu haben, ist wieder auf die schlechte Lage der Bergleute gelenkt zu haben, gebührt dem Bergarbeiterverband und kann ihm nicht geschmälerdert werden. Das wissen auch die Kameraden, in zahlreichen Versammlungen ist dem Verbandsvorstand Anerkennung dafür gezeigt worden, dass er ohne sich an übelwollende Kritik zu stören, die Lohnforderung aufgekauft hat. Wenn der Bergarbeiterverband sich nicht erhöht hätte, stände alles noch auf dem alten Fleck und nicht einmal die Arbeiterausschüsse würden anerkannt sein.

In dem Artikel der „Kölnerischen Zeitung“ wird nicht geheißen, die Bechenverwaltungen würden Lohnzulagen machen. Vielmehr heißt es da, den Arbeiterausschüssen sollten die Lohnlisten vorgelegt werden, man will die Ausschüsse hauptsächlich auch nur benützen, um die „Undurchführbarkeit“ und die „Unberechtigung“ der Lohnförderung „nachzuweisen“! Der bisherige Verlauf der Arbeiterausschüsse verhindert bestätigt das vollkommen. Wenn die Bechenbesitzer glauben, die Arbeiterausschüsse als Unmögliches und Streitigungsquelle benötigen zu können, so verfehlten die

Herren vollständig die Lage. Die Arbeiterausschüsse besitzen gar keine Autorität, einen sachlichen Verlauf der Lohnbewegung können nur die vereinigten Bergarbeiterverbände verbürgen. Wer die Arbeiterausschüsse ins Vordertreffen schickt, die Arbeiterorganisationen ausschalten will, setzt auf die einflusslosen Ausschüsse eine Verantwortung, die sie keineswegs tragen können. Es geht gar nicht anders, die einflussreichen Organisationsleiter und die organisierten Belegschaftsmitglieder müssen Träger der Lohnbewegung sein, wenn sie für beide Teile zu einem guten Ende geführt werden soll.

Deshalb Kameraden, beheizt die Mahnung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, dem Regierungsblatt: „Vereinzelt seit ihr nichts, nur als Masse könnt ihr euer Gewicht in die Wagschale werfen! Der Standpunkt der Bechenbesitzer, mit den Arbeiterorganisationen nicht zu verhandeln, ist überlebt, läuft sich nicht mehr halten. Aber damit wir zu geordneten Zuständen in der Bergbauindustrie kommen, müssen sich die Bergarbeitermassen schlußig dem Verband anschließen! Sind wir schon soweit gekommen, dass Bechenblätter erklären, wenn die Bergarbeiterorganisationen die große Mehrheit der Belegschaftsmitglieder umfassen, würden die Werksverbände die Arbeiterorganisation anerkennen, nun, Kameraden, dann unermüdlich vorwärts in der Agitation für den Verband, gewinnt ihm weitere zehntausende Mitglieder, werbet die Belegschaftsmajorität für den Verband. Damit können wir das Gewicht der Arbeitermassen in die Wagschale werfen.

Bergwirtschaftliche Maudschau.

Der Lebensmittelwucher

wird in einer Weise getrieben, die helle Empörung wachrufen muss. Der rheinische Bauernverein ist eine zirka 50.000 Mitglieder fühlende Organisation, in der Persönlichkeiten regieren, die sich selbst zu den christkatholischen Stilien von Thron und Altar“ rechnen. Wie beweisen diese Herren ihr „Christentum“? Trox des Butterreichums erhöhen sie den Preis für das Liter Milch auf 22 Pf. Das die Verbraucher diesen hohen Preis nicht gutwillig zahlen würden, hat das schlechte Gewissen den „fronmen“ Herren gleich gezeigt, und sie sind deshalb in einer Weise zu Werke gegangen, die den blutigen Überstettern Ehre machen könnte. Der rheinische Bauernverein hat nämlich an seine milchproduzierenden Mitglieder ein gehenes Mundschreiben erlassen, in dem er genaue Anweisungen erteilt und an dessen Schluss es heißt: „Die Milch ist zurzeit knapp, sehr knapp und es ist notwendig, dass fürs erste die Milch knapp bleibt. Wir ersuchen daher unsere Mitglieder, nur keinen Liter Milch mehr als bisher nach Köln zu senden. Der beste Weg, den wir euch empfehlen können, ist der, kaufen bis zum 1. November kleine neue Kühe.“

Es wird von französischen Betriebspezialisten berichtet, dass sie seinerzeit ganze Schiffsladungen Frucht ins Meer versunken, um das Angebot auf dem Markt zu vermindern und dadurch die Preise in die Höhe zu treiben. Dieses kapitalistische Verbrechen, das auf den Hunger des Volkes spezialisiert, gelte für alle Zeiten der Geschichte an. Aber was unterscheidet sich das Vorgehen jener Vampire von dem des rheinischen Bauernvereins? Die Männer dieser Organisationen, die bei jeder Gelegenheit ihr „Christentum“ betonen, schreiten ruhigen Blutes in ihrer agrarischen Massigkeiten hinweg über alle Bedenken. Es kümmert sie nicht im mindesten, dass die Milch, zumal in der heutigen Zeit der unerschwinglichen Fleischpreise, unentbehrlich für das Volk ist, dass sie das vornehmste Nähr- und Heilmittel der Kranken, besonders der Schwindsüchtigen, das fast ausschließlich Mittel zur Bekämpfung der massenhaften Säuglingssterblichkeit ist. Alle Bebenen werden niedergeschlagen?

Der „Segen“ der Wohlfahrtseinrichtungen.

Herr Bergasseffor Dr. Jüngst hat in seiner Abhandlung über die Lebenshaltung der Arbeitervölker auch die „Wohltat“ der Bechenwohnungen herausgestrichen. Wozu diese „Wohlfahrtseinrichtungen“ auch benutzt werden, soll folgender Erläuterung des Bechen Dorstfeld den Wohlfahrtshungrigen ins Gedächtnis rufen:

Gewerkschaft Dorstfeld

Dorstfeld, den 18. 6. 1906.

Herr Bergmann Dorstfeld.

Infolge des augenblicklich herrschenden Wohnungsmangels werden wir von unseren Arbeitern fast täglich um Überweitung von Bechenwohnungen ersucht.

Wir haben bei Prüfung des Arbeitsverhältnisses der in unseren Häusern zu billigen Preisen wohnenden Personen festgestellt, dass die Zahl der nicht bei uns beschäftigten Familienangehörigen stetig zunimmt. Es veranlasst uns dieser Umstand, erneut darauf hinzuweisen, dass unsere Wohnungen lediglich im Interesse unserer eigenen und nicht fremder Arbeiter gebaut sind.

Die Wohnungen werden daher vollständig ihren Zweck verfehlten, wenn wir Leuten, die nicht bei uns arbeiten, Aufnahme in unseren Wohnungen gewähren wollen.

Auch Sie haben in unserer Wohnung einen erwachsenen Sohn, der nicht bei uns arbeitet.

Wir eruchen Sie, Ihren Sohn gefällig zu veranlassen, dass er bei uns in Arbeit tritt.

Hochachtend

Gewerkschaft Dorstfeld.

Trippel.

Statt Wohlfahrtseinrichtung wäre besser Zwangsanstalt zu sagen. Herr Jüngst wird dieses Zwangsverfahren in der Ordnung finden. Die Bergleute aber verzichten auf solche „Wohltaten“, sondern verlangen ihr Recht.

Was das Ein- und Ausfuhrgeschäft in Steinkohlen betrifft, bleibt die Gesamtumsfuhr im laufenden Jahre noch um rund 500.000 To. gegen diejenige des Vorjahrs zurück, während die Gesamtumsfuhr in den abgelaufenen neun Monaten diejenige des Vorjahrs bereits um 1,5 Mill. Tonnen übersteigt. Die Septemberumsfuhr weist zwar eine geringe Abschwächung auf gegen den August. Entsprechend dem Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den Ein- und Ausfuhr- und dem Förderungswert ist der inländische Verbrauch im September um 900.000 To. geringer als im August, während der Gesamtverbrauch des laufenden Jahres den des Vorjahres bereits um 11 Millionen Tonnen übersteigt. Die Mehfsförderung, die Septemberumsfuhr ist gegen den

Stellen hinaus. Deshalb ist auch jede Veränderung am deutschen Kohlemarkt ein Aufwärtsbewegung oder Krise. Für den englischen Bergbau sehr wichtig. Schon beim letzten Stand der Bergarbeiter in England sich den Schwankungen am deutschen Kohlemarkt anzupassen weiß. Begünstigend für das starke Ausfuhrbedürfnis Englands im laufenden Jahre kommt noch hinzu, daß vom 1. November ab der Ausfuhrzoll auf Kohle aufgehoben werden wird, also die Schranken, welche bisher weitere Entwicklung der englischen Ausfuhr entgegenstanden, fallen. Wieviel man sich in England von dieser Entwicklung verspricht, geht daraus hervor, daß die Bergarbeiter in Manchester und in anderen Bezirken mit der Absicht umgehen, unter Gewalt aus der Aufhebung des Kohleausfuhrzolls Vorratsbildung zu verhindern. Allerdings war auch schon mit dem Fall die Rückhaltung des englischen Bergbaus im laufenden Jahre recht gewiss; allein nach Deutschland ist der Wert der Ausfuhr im August um nicht weniger als 25% größer gewesen, als in der entsprechenden Zeit des Vorjahrabs. Wenige wichtig für den deutschen Kohlemarkt, aber noch bedenklicher, als die schlechte Haftung am englischen Markt, ist die Wirtschaft, die am amerikanischen Markt herrscht. Ist man sich darüber klar, daß der diesjährige Aufschwung Englands zu einem nicht geringen Teil auf die gute Absatzmöglichkeit des Weltmarktes zurückzuführen ist, so liegt bei Amerika unzweifelhaft die Ursache des Aufschwunges im Geschäft mit dem Inland. Das aber bei einer so allgemein günstigen Lage gerade der Bergbau eine, wenn auch vielleicht nur vorübergehende Verflachung zeigt, ist geradezu außastend. Während im Hartlochengeschäft die Nachfrage immerhin noch befriedigend zu waren war, hatte man im Weichlochengeschäft geradezu mit Abfall schwierigkeiten zu kämpfen, so daß auch die Preise nach unten neigten. Das Nachlassen des Bedarfs hatte zur Folge, daß die Vorräte bedeutend zunahmen. Selbst die auf Verträge beruhenden Lieferungen wurden von den Verbrauchern nicht immer abgenommen. Gläubiger, als in den beiden genannten Ländern, ist die Lage des Kohlemarktes in Belgien. Der Aufschwung, der noch immer im Ölgeschäft anhält, kommt in der Nachfrage am Kohlemarkt deutlich zum Ausdruck. Nicht nur dort ist äußerst lebhaft gefragt, sondern auch in Gewerbe- und Hausstandshäfen hat der Bedarf weitere Steigerung erfahren.

Aus der Deutschen Arbeiterbewegung.

Standöse Folgen der Gewerkschaftsversplitterung.

In Mannheim-Ludwigshafen waren infolge eines kleinen Streits zwischen Stoffgutarbeitern (Hafnarbeiter) ausgepeist worden. Um der freien Gewerkschaft eine Niederlage zu bereiten, arrangierte der "christliche" Gewerkschaftsbeamte die Streikbrecher heranzuhüllen. Der Unwillige verstande an sämtliche Zahlstellen des "christlichen" Transportarbeiterverbandes folgendes Telegramm:

"Mannheim, im Oktober 1905.

Werte Kollegen! In Mannheim tobte im Hafengebiet schon seit 10 Tagen ein heftiger Streit. Schuld an dem Hinauszögern des Streiks sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die den Christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verband nicht anerkennen wollen. Da die Arbeitgeber bereit sind, mit uns einen Tarif abzuschließen, wenn wir für die notwendige Zahl Arbeiter sorgen, so ergeht an alle Zahlstellen die dringende Aufforderung, Unterzeichnem telegraphisch mitzuteilen, ob und wie viele Arbeitsträger zur Verfügung stehen.

Kollegen! Bedeutet, es gilt den Kampf um unsere Interessen und ihre Gleichberechtigung, weshalb jede Zahlstellenverfügung die Pflicht hat, uns in diesem Kampfe zu unterstützen. Auch wenn Arbeiter ausgetrieben werden können, die nicht unserem Verband angehören, so ist dies unbedingt zu melden. Der Stundenlohn beträgt hier 41 Pf. Die Arbeiter sind über den wahren Sachverhalts aufzuklären. Ihre Sorge gegen Angreife der streikenden Verbändler ist genugend Sorge getragen. Darum, Kollegen, werbt allerorts Arbeiter für nach Mannheim und gebt sofort telegraphisch Nachricht. Wenn jede Zahlstelle nur einen Mann aufbringt, so ist unserer Sache gedient.

Mit kollegalem Gruss

Peter Tremmel, Mannheim C 8. 7."

Die Reisekosten für Streikbrecher trägt die "christliche" Verbandsfamilie. Sind dazu die sauer verdienten Arbeitergruppen gefaßt? Mit der Ausrede, der christliche Verband würde nicht anerkannt, ist der standöse Streik nicht im geringsten entflohdigt, denn die christlichen Gewerkschaften erkennen ja auch die gewerkschaftlichen Fachabteilungen der katholischen Arbeiterverbände nicht an! Wenn diese daraus die moralische Berechtigung zum Streikbruch herleiten wollen, wie würden die Gewerkschaften empört sein, und mit Recht! Dieser Fall einer auf Kosten der Arbeitergruppen angeregten Streikbrecherheranschleppung zeigt wieder mit aller Deutlichkeit, welche unfehligen Folgen die Arbeiterversplitterung hat. Dem Streikbrecheragenten Tremmel ist glücklicherweise sein elender Streik nicht gelungen, denn die Unternehmer haben sich auf gründen von Zugeständnissen mit den Streikenden und Ausgeferten geeinigt. Die Unternehmer waren anständiger wie der "Arbeiterfürscher" Tremmel, der sich zum Hohn auf das Christentum auch noch "christlich" nennt.

"Wir erkennen euch nicht an!"

Auf dem Parteitag der Zentrumspartei für den Regierungsbezirk Trier wurde auch die Gewerkschaftsfrage erörtert. Dabei kam der Kampf zwischen den katholischen gewerkschaftlichen Fachabteilungen (Berliner Richtung) und den interkonfessionell-christlichen Gewerkschaften (M.-Gladbach Richtung) zur Sprache. Der Sekretär des christlichen Gewerkschaftsvereins für das Saargebiet, Hüsses, erklärte rund heraus, der Gewerkschaftsverein erkenne die Fachabteilungen nicht an, werde sie in bergmännischen Angelegenheiten nicht zur Behandlung heranziehen. Wenn Gewerkschafter von Nichtanerkenntnis der M.-Gladbach Gewerkschaften sprechen, protestieren diese dagegen und drohen mit Streikbruch. Wenn nun aber die Fachabteilungen infolge ihrer Nichtanerkenntnis zum Streikbruch scheitern, was sagt Hüsses dann?

Bei der Gewerberichtswahl in Berlin siegte die freie Gewerkschaftsliste mit 7471 Stimmen über die "christlich-sozial"-antisemitische, die ganz 287 Stimmen erhielt. In Berlin erscheinen gleich zwei Blätter, die die Arbeiter für den "christlich-sozialen" Antisemitismus der Herren Stöber, Ric. Mumml und Genossen einfangen sollen. Mit welchem Erfolg, zeigt der Ausfall der Gewerberichtswahl.

Die Arbeitswilligen fangen an, auch die Unternehmer mit dem Messer zu bearbeiten. Das Stechen und Schießen der Streikbrecher, das in letzter Zeit zu einer täglichen Erscheinung wurde, scheint sich nicht nur gegen organisierte Arbeiter zu richten. Die durch Richterliche Polizei, Unternehmer und durch die kapitalistische Presse zum Größenmahn erzeugene, fittlich und moralisch defekten Individuen lassen sich nun auch nicht mehr von ihren Berberatern jüdisch ansehen. Als ein Bauunternehmer in Leichhausen, wo die organisierten Maurer schon den ganzen Sommer sich im Kampfe befinden, einen Streikbrecher wegen einer Ungehörigkeit zur Riede stellte, rammte ihm der Herr Arbeitswillige ohne viel Umstände das Messer tief in den Körper. Tödlich verletzt wurde der Bauunternehmer von seinem Bau, auf dem er allein "Herr" sein wollte, in eine Klinik gebracht. Wenn organisierte Arbeiter solche Messerhoden beim rechten Namen nennen oder in der Aufrégung sich zu einem Puff hinreißen lassen, dann kommen sie Wochen, Monate und Jahre ins Gefängnis!

Gerechtsame gegen aussperrungslustige Unternehmer. In der Vorgedächtnis zu dem Breslauer Friedensprozeß handelte es sich definitiv darum, daß die Unternehmer als organisierten Metallarbeiter angesehen werden. Die Arbeiter hatten darum gegen die Leiter des schlesischen Metallindustrieverbandes, Gläserapp und Neumann, ein Verfahren wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung beantragt. Die Staatsanwaltschaft, die Oberstaatsanwaltschaft und das Landgericht hatten ein solches Verfahren abgelehnt. Nun jedoch hat nach der "Breslauer Volksmacht" das Oberstaatsgericht Breslau auf Antrag des Reichsanwalts Seine-Berlin die Erneuerung des Verfahrens auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung beschlossen.

Eine polizeiliche Zusammenstellung der "Streikenden" wird vom Kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlicht. Danach haben im Jahre 1905 an 2403 Streiks (hauptsächlich) 408 145 Personen teilgenommen. In 542 Fällen seien "polizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Arbeitsfreiheit" (d. h. "Schutz der Arbeitswilligen" usw.) notwendig geworden. In 422 Fällen habe die Staatsanwaltschaft "zum Schutz der Arbeitswilligen" einschreiten müssen. Wie oft richtige Streikende von Streikbrechern und Gewissensgenossen angepöbelt, bedroht, geschlagen, gestochen oder angeschossen wurden, erfahrt man nicht. Die Zahl der Fälle von Behinderung des geistigen Streikrechts ist aber sehr groß, trotz erkannter nur an die mit Tortzüglern bemalten "Ordnungsräten" beim vorangegangenen Bergarbeiterstreik. Die polizeilichen Ermittelungen über Arbeitswilligenbelästigung sind nicht beweisstätig, denn was sieht ein

Bergarbeiter nicht alles als "Belästigung der Arbeitswilligen" an. Die Bergarbeiter der Statistik im Kaiserlichen Statistischen Amt haben zur Erziehung der werkslosen Angaben aus der Streikstatistik die zuverlässigeren Angaben der Statistikstatistik über die Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung zum Schutz der Streikbrecher herangezogen. Nach dieser Statistik waren

im Jahre	Angeklagte	davon verurteilt	wurden freigesprochen
1895	181	93	48
1896	300	262	137
1897	463	254	204
1898	847	208	188
1899	825	176	148
1900	812	105	111
1901	827	187	180
1902	225	125	98
1903	598	818	219
1904	680	805	280

Es ist also in den letzten Jahren eine erhebliche Zunahme in der Zahl der angeklagten und in der Zahl der verurteilten Personen eingetreten. Dabei handelt es sich bei den Verurteilten zum Teil um recht hohe Strafen. Es wurden nämlich im letzten Jahre (1904) verurteilt:

114 Personen zu einer Gefängnisstrafe von weniger als 4 Tagen,
181 " " " 4-7 Tagen,
100 " " " 8-20 Tage,
88 " " " 1-8 Monaten,
5 " " " 8-12 Monaten.

Die Herren "Arbeitswilligen" brauchen sich also nicht über mangelnden Schutz zu beklagen. Bleibt man in Betracht, daß im Jahr mehrere hunderttausende Arbeiter im oft erbitternden Streik stehen, so ist die Zahl von 800 (1904) Beurteilungen wegen "Belästigung oder Bedrohung von Arbeitswilligen" keine hohe. Da sind Nöthnitz in den Kreisen der "studierenden Jugend" viel häufiger. Trotzdem wird sich jeder gesuchte Gewerkschafter zur Pflicht machen müssen zu schaffen. Polizei und Staatsanwaltschaft eine Arbeit zu machen. Je weniger Polizei und Zivilist durch Gewerkschaftsmitglieder Arbeit bekommen, desto besser für die Gewerkschaft, um so mehr steigt der Arbeiter in der öffentlichen Achtung.

Internationale Rundschau.

Vorschritte der englischen Bergarbeiterorganisation. Der drohende Streik der Bergarbeiter in Wales wird in letzter Stunde noch verhindert werden. Die Nicht-Gewerkschafter, wegen denen der Streik auszubrechen drohte, lassen sich in großer Zahl als Mitglieder einschreiben. Auch haben eine Anzahl Grubenbesitzer erklärt, Nicht-Gewerkschafter in Zukunft nicht mehr zu beschäftigen. Es sei viel besser mit organisierten Arbeitern zu verhandeln, als mit unorganisierten. In allen Bergwerksdistrikten werden jetzt Schritte gegen die Nichtmitglieder unternommen, um sie zu bewegen, der Gewerkschaft beizutreten. Kann es nicht auf gutem Wege geschehen, so soll zum Streik gebracht werden. Die Nichtmitglieder haben bis jetzt alle Vorteile genossen, die von der Organisation errungen wurden, ohne irgendwelche Opfer zu bringen. Diesen Zustand soll ein Ende gemacht werden. Die Zahl der nicht-organisierten Bergleute im vereinigten Königreich beträgt ungefähr 25 Prozent.

Belgien. Dem "Ourrier Mineur", unserem belgischen Bruderblatt, entnehmen wir folgendes über den Bergbau in der Provinz Namur. Es waren beschäftigt im ganzen 96 000 Arbeiter, davon unter Tage 60 878 oder 72 Prozent und 27 087 oder 28 Prozent über Tage. Davon waren unter Tage männlich über 16 Jahren 84 742, Knaben von 14 bis 16 Jahren 3272, Knaben von 12 bis 14 Jahren 1840, Frauen über 21 Jahren 24, insgesamt 80 878. Über Tage: männliche Arbeiter über 16 Jahren 9022, Knaben von 14 bis 18 Jahren 1289, von 12 bis 14 Jahren 1190, Frauen über 21 Jahren 747, Mädchen von 10 bis 21 Jahren 2847, von 10 Jahren 2402, insgesamt 27 087. Diese Arbeiter haben zusammen 27 515 711 Arbeitsstage oder im Durchschnitt 284 für den Arbeiter, gegen 29 826 000 im Jahre 1904 oder 299 pro Arbeiter. Für diese gesamte Arbeitszeit wurden gezahlt im Jahre 1905 105 241 081 Fr. oder im Durchschnitt weibliche und jugendliche Arbeiter mit eingeschlossen 8,89 Fr. gegen 8,07 Fr. Durchschnittslohn im Jahre 1898 und 8,85 im Jahre 1904. Wir sehen also daß der Durchschnittslohn der belgischen Bergarbeiter um 82 Cent. oder um 84 Pf. seit 1898 gestiegen ist. Gefordert wurden im Bassin (Schleiden) de Mons 182 180 To. im Werte von 2 888 000 Fr., die Centre 119 270 To. im Werte von 8 841 000 Fr. Zusammen 908 880 To. im Werte von 12 278 000 Fr.

Gewerkschaftsdebatten in der belgischen Arbeiterbewegung. Es ist eine bemerkenswerte Erscheinung, daß in fast allen Ländern mit gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zur Zeit debattiert wird über das Verhältnis der Gewerkschaft zu politischen Partei. Auch in Belgien, wo die bedeutende Mehrheit der Gewerkschaften in einer ziemlich festen organisatorischen Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei steht, ist die Neutralitätsdebatte in Fluss gekommen. Kürzlich hat der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie die Frage der gewerkschaftlichen Neutralität eingehend erörtert. Wir entnehmen darüber den "Wiener Arbeiterzeitung" folgenden Bericht:

Romeo (für das Syndicat (Verband) der Diamantarbeiter Antwerpens), ein engagierter Kämpfer für die Neutralität, segt ausdrücklich, daß der rücksichtige belgische Arbeiter mit allmählich dem Sozialismus zugänglich gemacht werden kann; die neutralen Gewerkschaften seien die Vorhölle. Wir nehmen uns, sagt er, die Traditionsrichtung der belgischen Bergarbeiter um 82 Cent. oder um 84 Pf. seit 1898 gefestigt ist. Gefordert wurden im Bassin (Schleiden) de Mons 182 180 To. im Werte von 2 888 000 Fr., die Centre 119 270 To. im Werte von 8 841 000 Fr. Zusammen 908 880 To. im Werte von 12 278 000 Fr.

Gewerkschaftsdebatten in der belgischen Arbeiterbewegung. Es ist eine bemerkenswerte Erscheinung, daß in fast allen Ländern mit gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zur Zeit debattiert wird über das Verhältnis der Gewerkschaft zu politischen Partei. Auch in Belgien, wo die bedeutende Mehrheit der Gewerkschaften in einer ziemlich festen organisatorischen Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei steht, ist die Neutralitätsdebatte in Fluss gekommen. Kürzlich hat der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie die Frage der gewerkschaftlichen Neutralität eingehend erörtert. Wir entnehmen darüber den "Wiener Arbeiterzeitung" folgenden Bericht:

Romeo (für das Syndicat (Verband) der Diamantarbeiter Antwerpens), ein engagierter Kämpfer für die Neutralität, segt ausdrücklich, daß der rücksichtige belgische Arbeiter mit allmählich dem Sozialismus zugänglich gemacht werden kann; die neutralen Gewerkschaften seien die Vorhölle. Wir nehmen uns, sagt er, die Traditionenrichtung der belgischen Bergarbeiter um 82 Cent. oder um 84 Pf. seit 1898 gefestigt ist. Gefordert wurden im Bassin (Schleiden) de Mons 182 180 To. im Werte von 2 888 000 Fr., die Centre 119 270 To. im Werte von 8 841 000 Fr. Zusammen 908 880 To. im Werte von 12 278 000 Fr.

Gewerkschaftsdebatten in der belgischen Arbeiterbewegung. Es ist eine bemerkenswerte Erscheinung, daß in fast allen Ländern mit gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zur Zeit debattiert wird über das Verhältnis der Gewerkschaft zu politischen Partei. Auch in Belgien, wo die bedeutende Mehrheit der Gewerkschaften in einer ziemlich festen organisatorischen Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei steht, ist die Neutralitätsdebatte in Fluss gekommen. Kürzlich hat der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie die Frage der gewerkschaftlichen Neutralität eingehend erörtert. Wir entnehmen darüber den "Wiener Arbeiterzeitung" folgenden Bericht:

Romeo (für das Syndicat (Verband) der Diamantarbeiter Antwerpens), ein engagierter Kämpfer für die Neutralität, segt ausdrücklich, daß der rücksichtige belgische Arbeiter mit allmählich dem Sozialismus zugänglich gemacht werden kann; die neutralen Gewerkschaften seien die Vorhölle. Wir nehmen uns, sagt er, die Traditionenrichtung der belgischen Bergarbeiter um 82 Cent. oder um 84 Pf. seit 1898 gefestigt ist. Gefordert wurden im Bassin (Schleiden) de Mons 182 180 To. im Werte von 2 888 000 Fr., die Centre 119 270 To. im Werte von 8 841 000 Fr. Zusammen 908 880 To. im Werte von 12 278 000 Fr.

Gewerkschaftsdebatten in der belgischen Arbeiterbewegung. Es ist eine bemerkenswerte Erscheinung, daß in fast allen Ländern mit gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zur Zeit debattiert wird über das Verhältnis der Gewerkschaft zu politischen Partei. Auch in Belgien, wo die bedeutende Mehrheit der Gewerkschaften in einer ziemlich festen organisatorischen Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei steht, ist die Neutralitätsdebatte in Fluss gekommen. Kürzlich hat der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie die Frage der gewerkschaftlichen Neutralität eingehend erörtert. Wir entnehmen darüber den "Wiener Arbeiterzeitung" folgenden Bericht:

Wer aufmerksam liest, wird auch aus dieser Debatte keinen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft entnehmen können, sondern im Grunde genommen handelt es sich um eine soziale Kluft, die durch die Gewerkschaft und Partei beiderseits aufrechterhalten wird. Gewerkschaft und Partei haben beiderseits hohe wichtige Aufgaben zu erfüllen, der bilden Gewerkschafter wird niemals Bürgergewerkschafter sein. Aber wenn man bei der Arbeitsteilung sich nicht auch auf praktische Erfahrungen stützt, sondern so defektiv will, wie man es sich am Studierstuhl wünscht, dann wird man entdecken, daß dann entstehen zwischen Partei und Gewerkschaft fortgesetzte Meinungsverschiedenheiten, die sowohl die Gewerkschaft als auch die Partei betreffen. Wer aufmerksam liest, wird auch aus dieser Debatte keinen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft entnehmen können, sondern im Grunde genommen handelt es sich um eine soziale Kluft, die durch die Gewerkschaft und Partei beiderseits aufrechterhalten wird. Gewerkschaft und Partei haben beiderseits hohe wichtige Aufgaben zu erfüllen, der bilden Gewerkschafter wird niemals Bürgergewerkschafter sein. Aber wenn man bei der Arbeitsteilung sich nicht auch auf praktische Erfahrungen stützt, sondern so defektiv will, wie man es sich am Studierstuhl wünscht, dann wird man entdecken, daß dann entstehen zwischen Partei und Gewerkschaft fortgesetzte Meinungsverschiedenheiten, die sowohl die Gewerkschaft als auch die Partei betreffen.

Die französischen Gewerkschaften sind in ihrer großen Mehrheit in eine anarchistische Gewerkschaft verfallen, die mehr Wert auf klingende Phrasen als auf reale Taten legt. Die Idee des revolutionären Generalstreiks beherrscht die Köpfe derart, daß man sich von der praktischen Mitarbeit an der sozialen Gesellschaft zurückgezogen hat und in dem

lung ist eine sozialdemokratische gehalten und die beiden Verantwörter gewünscht. Engel, der ungefähr 27 Jahre ununterbrochen auf Grube Altenwald gearbeitet hat, der das weitgehendste Vertrauen seiner Kameraden in der ganzen Umgegend genoss, ist auch bei der letzten Wahl zum Reichstag am Reichsversicherungsbüro gewählt worden, und jetzt steht man ihm auf die Straße. Herber, ein ebenfalls sehr beliebter Kamerad, hat 17 Jahre auf Zeche Sulzbach gearbeitet, er gilt als ein wichtiger und zuverlässiger Arbeiter, ebenso wie Engel, aber er musste stecken, weil er eine Versammlung gesellet hat. Das ist die „Freiheit“ der „Reichsgesetzlichen“ Bergleute im „sozialen“ Preußen. Die Beamten wollen an der Wissregelung unschuldig sein. Der Betriebsführer der Zeche Sulzbach sagte Herber, als er ihm klärdigte, daß es ihm persönlich bald kue, aber er hätte Anweisung „von Oben“, er könne nicht anders. Bergrat Stüber, Direktor der städtischen Inspektion, sagte zu Engel, daß er (der Bergrat) unschuldig davon sei, daß seine Amtskündigung und damit seine Brotdobmachtung erfolgte. Das können alles „von Oben“. Nach „Oben“ haben sich daraus hin die Gewahrsagelten gewandt und erreicht, die Kündigung rückgängig zu machen. Unsonst. Von der Direktion schickten beide „Verbrecher“ den Bescheid, daß es bei der Kündigung ihr Verwenden habe. So hat man zur Aufrechterhaltung dieses Systems zwei brave Familienväter geopfert, um so den „Reichsgesetzlichen“ Bergleuten weiter Furcht und Schrecken einzuzagen. Es werden der Opfer noch mehr fallen, aber es wird auch der Tag kommen, wo das scharabische System fällt, troh alsdem.

Saarabien. Eine Lohnherhöhung von 50 Pfsg. bis 1 Mark pro Schicht kann den „königlichen“ Bergleuten an der Saar ab 1. Oktober bewilligt werden. Die königliche Bergwerksdirektion hat in einem Rundschreiben vom 23. Oktober die Schichtlohnsätze für den Direktionsbezirk festgesetzt und den Verwaltungen freigestellt; die Schichtlohn gegenüber dem heutigen Stand um 50 Pfsg. bis 1 Mark zu erhöhen. Vollständig sind die Lohnsätze ab 1. Oktober 1900. In dem Rundschreiben sind die einzelnen Arbeiterkategorien aufgelistet, im ganzen 22, und nebenan ihr bisheriger Schichtlohn angegeben. Die Lohnauflösung ist ganz in das Belieben der einzelnen Beamten gelegt, denn es heißt: „Bei besonderer Verstellung kann eine Zulage bis zu — für die Schicht gewährt werden.“ Merkwürdig heißt es: „Die Zulage ist zu gewähren“. Für die Hauer und Lehrhauer im ersten und zweiten Jahre ist von einer Zulage gar keine Rede. Dieser Absatz heißt wörtlich: „Hauer und Lehrhauer sind meist im Gedinge beschäftigt und erhalten nur dann Schichtlohn, wenn ein Gedinge nicht zustande kommt“. Das ist nun eine alte Geschichte, die jeder Bergmann kennt, aber wie steht es, denn mit dem Gedingemachen? Mit seiner Silbe erwähnt die Lohnsatzliste, daß auch das Gedinge erhöht werden kann, oder sollen die Hauer und Lehrhauer von der Lohnauflösung ausgeschlossen werden? Dann würde die ganze Lohnauflösung nur ein Komödienstück sein, denn die Hauer und Lehrhauer bilden den Hauptkontingent und ihre Löhne stehen keineswegs so günstig, daß sie einer Lohnauflösung nicht bedürfen. Zwar sagte Herr Hüskes, der Hauptfelsmeister der „Christen“, dieses Frühjahr, die Löhne der Saatbergleute seien ausschließlich und däufig der Gewerkverein nicht daran, Lohnforderungen zu stellen. Heute hat derselbe Hüskes sogar den „Mut“, zu sagen, die jetzige Lohnforderung sei vom Vorstand des „christlichen“ Gewerkvereins allein eingereicht. Zu den anderen Revieren seien auch die anderen Verbände beteiligt, aber im Saarrevier sei der Gewerkverein allein vorgegangen. Doch ein Hüskes hat ja nicht nötig, die Wahrheit zu sagen, weil auch Mr.-Gladbach „Christ“. Darüber später. Wir halten die Löhne der „königlichen“ Hauer nicht für angemessen — gibt doch die Schichtlohnliste dieselben auf 4 Mark und die der Lehrhauer auf 3,80 bis 3,60 Mark an — und hätten deshalb gewünscht, daß die Direktion auch angeordnet hätte, daß das Gedinge aufgebessert werden könnte. Vielleicht holt man das Versäumte noch nach. 50 Pfsg. können zugelegt werden den Kussekern und Fahrhauern, die Beamtendienste tun und heute bis 4,80 Mark Schichtlohn erhalten. Weiter den Signalgebern am Hauptfördererschacht außer ihrer Seilfahrtzulage, den Wiegemeistern, Kussekern und Ladeknechten, deren Lohn heute bis 4,50 Mark beträgt. Den Halbdenarschern, Markkontrolleur, Maschinen-, Kessel- und Gaselpwätern, deren jetziger Lohn bis 4,80 Mark erreicht. Den Zimmerhauern, Verbaunern, Rohrlegern, Spül- und Schießmeistern, deren heutiger Lohn zwischen 3—4,30 Mark schwankt, kann, wenn die Arbeit „besondere Geschicklichkeit und Kusmekomplexität erfordert, eine Zulage bis zu 1 Mark für die Schicht gewährt werden“. Außer diesen kann auch den Werkstätteinnehmern, deren heutiger Höchstlohn ebenfalls 4,80 M. beträgt, 1 Ml. zugelegt werden. 10 Pfsg. können den Schachtkarbeiter angelegt werden, wenn ihre Arbeit eine „besondere Geschicklichkeit und Kusmekomplexität erfordert“. Ihr heutiger Lohn schwankt zwischen 3—4 Mark. Sämtlichen sonstigen Schichtarbeitern, bis zum Stollnmecht, kann die Lohnzulage von 50 Pfsg. gewährt werden. Würde für das Wort „kann“ das Wort „muß“ stehen, und würden die Hauer und Lehrhauer in der Lohnauflösung mit einbezogen sein, könnte man in der Tat von einem riesigen Erfolg sprechen. Herr Hüskes wird, sobald er dies in der „Bergarbeiter-Zeitung“ liest, den Bergleuten erzählen, diesen Erfolg hätte der Gewerkverein errungen, während er nicht einmal eine Antwort erhalten hat. — Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtet unter dem 23. Oktober, daß die Bergwerksdirektion in Saarbrücken Lohnauflösungen von 20—30 Pfsg. pro Schicht bewilligt habe, mit der Maßgabe, daß ein Bergmann unter Tage mindestens 5 Mark im Gedinge verdienen soll. Verschiedene Tagesblätter betonen die Zuverlässigkeit der Bergwerksdirektion, die etwas bewilligt habe, ohne daß erst die Arbeiterausschüsse vorzusprechen brauchten. Nun, mager genug ist die Bewilligung immer noch, wenn überhaupt die Nachricht über Lohnherhöhung der Wahrheit entspricht. Die Bergleute im Saargebiet, wenn eine Lohnherhöhung eintritt, können dann dem alten Verband dankbar sein, der, gedrängt durch seine Mitglieder, den Anstoß dazu gab, daß die vereinigten Verbände Lohnforderungen einreichten.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Dippe.

Fallersleben. Das Eindringen des Verbandes auch in der hiesigen Gde ist der Grubenverwaltung von Gewerkschaft Einigkeit stark auf die Nerven gefallen. Wie alle Herr im Hause-Leute, glaubte auch sie mit einer Strafregelung die Gefahr abzuwenden. Und als nun gar die Arbeiter eine öffentliche Versammlung arrangierten, war der Herr Direktor rein außer sich. Mit allen nur zur Verfügung stehenden Pressionsmitteln wurde der Wirt gezwungen, sein Lokal in letzter Stunde noch zurückzuziehen. Schreiberseelen mußten beim Landrat die Sanktion zu dem Märchen von den sozialdemokratischen Untrieben des Verbandes einholen und einige Lumpen wurden auf die Beine gebracht, um die etwa doch noch mögliche Versammlung mit dem bekannten Redau zu verhindern. Daß auch die liebe Polizei dabei war, versteht sich am Rande, sah doch schon diese ein Gespräch in der Gaststube, von der Straße aus, als eine Versammlung an. Aber nicht genug damit, der Schreck war der Grubenverwaltung augenscheinlich bestätig in die Glieder gefahren, daß sie in jedem Betriebstaum schon das Gespenst der Revolution wühlte. Überall wurden große Plakate angebracht (selbst im Abort!), in welchen die Arbeiter in der bekannten Manier vor den dunklen Mächten außerhalb der Belegschaft dringend gewarnt und den Arbeitern die Zufriedenheit in der billigsten Weise beigebracht werden sollte. Alles

die Bedingungen in der ungünstigsten Weise begegnet werden sollte. Dies war oben, um die Arbeiter vor dem gefürchteten Verbände gruselig zu machen, jedoch aber die schauderhaften Missstände in der Grube und auf dem Werk, sowie die teilweise recht mageren Löhne hatte man weggelassen. Wir wollen diese Unterlassungssünde der Betriebsverwaltung denn an dieser Stelle nachholen. In dem von uns ausgegebenen Fragebogen, den die dortigen Arbeiter beantwortet haben, steht es: Die Behandlung ist miserabel, wer sich bei den Beamten gut anheuhen kann, verdient Geld und bekommt leichte Posten. Bezuglich der Missstände in der Grube schreibt man uns: Wenn Klettern so ... &c. nach der 355-Meterohle weicht man bis auf die Haut ab, also sind die Fahrten miserabel schlecht. Holen die Hauer vor der 355-Meterohle Salpeter, müssen sie bis an die Knie in der Lauge patzen und dann die ganze Schicht mit nassen Strümpfen arbeiten. In der Grube ist es sehr warm und die Bewetterung sehr schlecht. Es gibt Arbeitspunkte mit 32 bis 56 Grad Celsius Wärme und doch kennt man keine andere als achtstündige Arbeitszeit. Schlägt ein Arbeiter nach der Schicht am Füllort ein, setzt es recht hohe Strafen, passiert aber dieses Menschliche einem Aufseher, so wird nicht gestraft. Die Baderäume sind äußerst mangelhaft, Vater und Sohn müssen sich in einem Raum baden. In der Waschräume wimmelt es von Ungeziefer, die Kleider, die man dort zum Trocknen aufhängt, sind am andern Tage noch klitschnäß. Das Trinkwasser wird in einem LKWwagen um 10 Uhr in die Grube gebracht. Bis 10 Uhr muss

Wochensatz. Die Wochensätze haben sich in den letzten Wochen auf die Höhe der Lebensmittelkosten gesteigert. Der Verlust ist, in Anbetracht der teuren Lebensmittelpreise und gegen andere Werke, gering. Infolge dieser Zustände ist das Werk zum reinen Täubenschlag geworden und leidet unter chronischem Arbeitermangel. Fortgesetzt sucht das Werk Arbeiter. Viele sind schon gekommen, aber wenige sind dageblieben. Wir möchten die Kameraden allerorten in ihrem eigenen Interesse warnen, sich nach dem Werk mit dem schönen Namen Einigkeit zu sehnen. Die Einigkeit steht so aus: Wer über die schlechten Zustände murrt oder sonst nicht zufrieden ist, der flekt aufs Straßenspazier, deshalb auch der „große Zug“ zur Gewerkschaft Einigkeit.

schetzen in der Werksbeschränkungssatzung, in denen heißt es gegen das in der Metallindustrie geplante Zweischächtesystem Front gemacht wird. Dass dies bei diesem Kampfe weniger auf Sachlichkeit und Objektivität ankommt, als auf Wahrung des Unternehmerprofits, beweisen die Vorschriften, die bei dieser Polomik geschlagen werden. Man kann schreiben rechts, man kann schreiben links, schreibt das Motto dieser Unternehmerpresse zu sein. So schrieb die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ in ihren Nr. 222 und 224 Verteidigungssatzel für die unterirdische Verbindung benachbarter Werke, um den Kosten für den zweiten Schacht zu entgehen. In der Nummer 222 derselben Zeitung wird über diese unterirdische Verbindung wieder verworfen, aber nicht etwa, dass man die Notwendigkeit des zweiten Schachtes einsah, nein, sondern weil auch dieses Geld kostet und man wegen der nötigen Entfernung der Werkschächte von einander die Unmöglichkeit eines solchen Beginnens einsah. Nun hat sich auch

die Unzufriedenheit eines jungen Deppenens einfügt. Denn hat sich auch das Metallsyndikat mit der Sache beschäftigt und in einer Deppenschrift an die Behörden ebenfalls die Vorschrift des zweiten Schachtes bekämpft, wie man es von der berüchtigten Vertretung der Metallindustriellen nicht anders erwarten kann. Würde die Behörde statt des Zweischächtesytems, das den Metallherren so Geld kostet, ein Rohrdrucksystem vorgeschlagen haben, dann würde man mit einer Deppenschrift von Unternehmertüte aus freudigst auskennen. Es ist ja immer so. Noch niemals hat sich das Unternehmertum bewogen gefühligt, zu Gunsten von Sicherheit und Leben der Arbeiter von seinem Profit etwas abzugeben. Sie haben nur dann ein warmes Herz für den Arbeiter, wenn ein Nutzen für sie dabei herauskommt. Bei der Frage des Zweischächtesytems handelt es sich um die Grubensicherheit und den Schutz der Arbeiter. Wer die Verhältnisse in den Metallschächten kennt, muss sich sagen, hier ist das Zweischächtesytem unbedingt am Platze, um Gesundheit und Leben des Arbeiters zu schützen. Stelle man sich doch nur einen plötzlichen Wassereinbruch vor, der den Bergleuten

den einzigen Weg zur Rettung versperrt und hunderte von brauen Lebemittern, von Familienältern, liegen im Schacht begraben. Der Einwand des Herrn Doktor T. in der Bergwerkszeitung, daß so etwas in demselben Jahrhundert seit Bestehen des Kali- und Salzbergwerks noch nicht passiert sei, nimmt noch lange nicht die Möglichkeit, daß es aber eines schönen Tages passieren kann. Will man erst wieder den Verunreinigungen entdecken, wenn das Kind ertrunken ist. Die Ausführungen des Herrn Doktor T. zeigen eben die Verlegenheit der Unternehmer, daß sie keinen anderen Grund gegen die Einführung des Grubenschüttelsystems vorbringen könnten, als daß sie sagen: „Es ist ja noch nich's passiert“. Also müssen immer erst duzende und hunderte von Arbeitern dem Moloch kapitalismus geopfert werden — wie aus Preußen und in den Courrières-Schächten, ehe man sich bemüßigt fühlt, Einrichtungen zum Schutz der Arbeiterleben zu treffen. Jeder rechtlich denkende Mensch muß verlangen, daß alles getan wird, um solchen Katastrophen vorzubeugen. Doch nicht allein ein Wasserbruch spricht für die Einführung zweier Schächte. Für den Kalibergmann besteht die Explosionsgefahr in den Kaligruben in hohem Maße, und wird eben durch das Bestehen nur eines Schachtes bedenkend erhöht. Häufig werden sogenannte Petroleum- oder Gasfäcke angebohrt, welche die Luft in der Grube bis zur Unverträglichkeit verschärfen und der Gesundheit schaden. Dazu kommt noch die teilweise außerordentlich hohe Temperatur in den Kaligruben. Auch hören die Klagen der Kalibergleute über schlechte Bewetterung der Gruben nicht auf. Jeder Fachmann weiß, daß bei Bestehen nur eines Schachtes, durch welchen die Zu- und Abführung der Wetter gehen muß, die Bewetterung der Grube eine unzulängliche bleiben wird. Weiter ist zu beachten, daß die Grubenverwaltungen der Kaliwerke so in Arbeiternot sind, daß sie jeden Arbeiter annehmen, den sie nur kriegen können, ob er jemals schon eine Grube gesehen, ist den Herren Nebensache. Da man geht sogar noch weiter, indem man sachkundige organisierte Arbeiter aufs Pflaster schmeißt und dafür ungelernte willige Elemente, die bereit sind, für ein Butterbrot zu arbeiten, einstellt. Hunderte sind in den Kaligruben als Hauer beschäftigt, die sich ihrer Verantwortung nicht bewußt sind, die sogar noch nicht einmal die Vorschriften über den Eingang mit Sprengstoffen und die Verwendung derselben kennen. Diese Schächte, vereint mit der ungenügenden Zufuhr frischer Luft, erhöhen bei Ausschließen eines sogenannten Gasfaules die Unfallgefahr schon ganz außerordentlich. Das dadurch manchmal schreckliche Katastrophen vorkommen können, sieht jeder Bale ein. Wenn nun auch hier die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schreibt, auch dies sei noch nicht vorzukommen, so scheint sie die Unglücksfälle auf den Kaligruben zum ländesten schlecht registriert oder schnell vergessen zu haben in unserem schnellebenden Zeitalter. Wie müssen deshalb an dieser Stelle dem Erinnerungsvermögen der Herren etwas nachhelfen. Haben die Verfasser der bewußten Artikel wirklich nichts von den Unglücken aufgetischt? In Südtirol in Tirol, auf Dobrunc und Institut gehört eine ganze Reihe von Menschenleben wurde dort zerstört und bei allen diesen Unglüeken, was war denn die Ursache? Die Explosion hereinbrechender Gase! Die Unglücke wurden noch erhöht durch Unkenntnis der Vorschriften und schlechte Wetterzuführung. Es ist bekannte Tatsache, daß bei diesen Unglücken einige Arbeiter durch genügende Zufuhr frischer

ust noch zu retten waren. Der Vorteil des zweiten Schachtes wäre nun, daß bei Wassereinbruch in den einen Schacht, den Arbeitern der zweite Schacht als Rettungsweg diente. Ferner, daß durch den einen Schacht frische Luft zugeführt, auf dem andern aber die gebrauchte und schlechte aussiechen könnte. Daß dies der Gesundheit der Arbeiter nur zuträglich sein könnte spricht doch jedem, der ein bisschen Fassungsvermögen hat, in die Augen. Ja, die Gesundheit und das Leben der Arbeiter, ob wohl die Unternehmer viel danach fragen? Die Sorge um den Profit beherrscht diese Herren ganz und gar. Um nun mit guter Manier um die ausgetauchte Frage des Zweischüchtesystems herumzukommen, muß das Märchen von der Belastung des Kalibergbaus herhalten, daß eine neue größere Belastung, welche die Ausführung eines zweiten Schachtes mit sich bringe, nicht vertragen könne. Hunderte Millionen Kosten werben der Öffentlichkeit als Schreckbild vor Augen gestellt um die Unausführbarkeit des Zweischüchtesystems zu beweisen. In Wirklichkeit brauchen die Kaliherrnen aber diese Kosten nicht zu scheuen. Die Monopolstellung der deutschen Kalindustrie steht diese in die günstige Lage, Gewinne zu erzielen, die selten einem Industriezweig zufallen. Selten findet man Kaliverke, die unter einer Million Bruttogewinn im Jahre haben, dabei werden noch Hunderttausende als Reserven aufgespeichert. Gewiß wird die Anlage eines zweiten Schachtes Geld kosten, aber dies darf keine Rolle spielen, wenn es sich darum handelt, Gesundheit und Leben der Arbeiter zu sichern, den Kindern den Vater, der Familie den Erbauer zu sichern. Mögeln sich die Behörden weder durch Bitten noch Drohungen der Werksbesitzer beeinflussen lassen, sondern die Einführung des zweiten Schachtes auf den Kaliverken baldmöglichst fordern, auf daß sie nicht zu sagen brauchen, wenn einst eine Katastrophe hereinbrechen sollte: „Auch wir tragen ein vollgecktes Maß Schuldbabei.“

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Saau. Wie überall, so auch hier klagen die Arbeiter sehr über die inhumane Behandlung seitens der Beamten. Am schneidigsten verfährt aber der Bauführer W. Nicht genug, daß es öftnals Schimpfschreie regnet, der Beamte glaubt sich auch noch mehr leisten zu dürfen. Mit einer Peinlichkeit untersucht er die Kleider der Arbeiter, um herauszuspionieren, in welches Zeitungspapier die Arbeiter ihr Brot eingerückelt haben. Entdeckt er dabei die „Bergarbeiter-Zeitung“, wonach ja seine Spionage gerichtet ist, so gebärdet er sich wie ein angeschossener Eber. Es wird so lange geschnüffelt, bis der Arbeiter festgestellt wird, in dessen Kleidern man das „hegeristische Giftblatt“ entdeckt hat. Mit diesem Zuze geht auch die Chikanierung ein und wird so lange getrieben, bis es endlich der Arbeiter selbst satt bekommt und den Arbeitsplatz verläßt. So werden die Arbeiter gemahrgeregt, die von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen. Der Beamte könnte sicher etwas besseres verrichten, wenn er an die Beseitigung der Mißstände dächte, als die Kleider der Arbeiter zu durchstöbern. Aber auch der Arbeiter könnte viel dazu beitragen, den Beamten das Spionieren zu verleidern. Wenn nämlich alle die „Bergarbeiter-Zeitung“ halten würden, wäre mit einem Schlage die Spionage zu Ende. Also Arbeiter, erspart den Beamten die „saure Arbeit“ und schließt euch der Organisation an.

Königreich Sachsen.

Grimma. Auf den in hiesiger Gegend bestehenden Werken eigentlich verloren führt nun mit allen Mitteln die Stimmen und von der Organisation abzuhalten. In der Grube wird eifrig gespäht, was für eine Umrüstung

Es Butterbrod trägt. Ist es die Verbandszeitung, so sucht man in den Mittelschen den „Blinder“ zu belehren. Auch das Abstellen vor solchen versteht man hier schon. Ullständig war uns eine Stube im Gasthaus zu Pföhlig zu einer Besprechung versprochen worden, doch es wie ankamen, hieß es, wir könnten unsere Sachen auch im Gastwirt regeln. Es blieb uns dann auch nichts anderes übrig und trösteten sich dort anwesende Grubenbeamte eifrig am Gespräch, indem den Kameraden plausibel zu machen suchten, daß die diesigen Werke nicht besser bezahlten könnten. Doch meinte sogar Herr Obersteiger er in an, daß die Forderung von Kontrollleuten aus Arbeiterkreisen rechtigt sei und es den Beamten nur lieb sein könnte, wenn diese Forderung durchkomme. Es ist doch gut, wenn man manchesmal Gelegenheit findet, die Ansichten der Beamten zu hören. Dass hier die Lage der Bergarbeiter noch miserabel beschaffen ist, kann man am besten merken, wenn man die Kameraden Sonntags Missfahren- und Störkreden sieht. Statt sich Sonntags zu erschöpfen von den Anstrengungen der Wochenarbeit, wird um nur leben zu können, auch Sonntags noch so geschuftet. Es ist Zeit, dass die Kameraden vom Omissenschacht, Kohls- und Floragrupe auswachsen und sich saniert und sondern ebenso ihre Bilder auf den Petersdorfer und Auerhüller Gruben organisieren. In nächster Zeit wird hier eine össentliche Bergarbeiterversammlung einzurufen werden und wird dort Stellung genommen, wie am besten die laurigen Verhältnisse, die hier bestehen, zu verbessern sind. Pflicht eines jeden Kameraden ist es, diese Versammlung zu besuchen und unvergaßliche Erinnerungen, auch das diese dem Verbande zugeführt werden.

Süddeutschland und Reichslände.

Gaußham. In der Bekleidungssklage des Herrn Stelgerscham Wärnikel von Marienstein, bei den Penzbergern wird selnerch in „Liebe“ gedacht, gegen den Schmierabend Johann Eimpeter, s damals verantwortlichen Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“ und gegen den Bezirksteilnehmer Franz Straßer in Gaußham, stand am 1. Oktober in München Verhandlungstermin an. Die Klage des Herrn Wärnikel wurde abgewiesen und hat er dabei noch die Kosten zu tragen. Eine Blasphemie und zugleich eine moralische Verurteilung des Herrn Wärnikel. In der Verhandlung versuchte dieser Herr noch die beobachtete Tatsache, dass er Schleppern Dynavit verabschöpfen hat, von sich abzuholzen und seinem Freunde, dem Fahrhauer Kraus, zuzuschreiben. Doch half alles nichts, Herr Wärnikel fiel herein und wie sind willlich so ehrwollenb, ihm dies zu gönnen, ja, wie wollen offen sein, sogar so indig, muss darüber zu freuen.

Botheningen. Eine Gemeinheit. Während im Mührenvier aufschluß der Siebener-Kommission der Bruderstreit eingestellt ist, wenigstens die Lohnbewegung beendet ist, kämpfen die „Christen“ in den ehemaligen munter gegen den Verband weiter. In Groß-Motheningen die Christen am 30. September eine Versammlung ab, in welcher Herren Coultzen-Weg und Roche Möhlingen einen ganzen Abend lang von Ullgen gegen die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei vortrugen. Man fragt sich höchstselbst: „Sobinen Männer, die sich Christen nennen, wirklich es über sich bringen, solche Wahrheiten zu verzaubern?“ In der Diskussion die Ullgen zu widerlegen, gaben sie nicht zu, und so verließen die Verbündeter eine besondere Versammlung ein mit dem Thema: „Antwort auf die in der Versammlung bei Schlede am 30. September erhobenen Ullgen.“ Diese Versammlung sollte schon am 14. Oktober stattfinden, mußte aber, da Kamerad im Peter als Referent verhindert war, auf den 21. Oktober verschieben werden. Nun wollten die „Christen“ durch einen geschickten Schlag es unmöglich machen, daß wir ihre Unnachahmlichkeiten richtigstellten. Sie verließen auf denselben Sonntag, einige Stunden früher, eine Versammlung der „christlich-nationalen“ Bergleute ein, in der Herr Buchheit gehörig gegen uns zu Felde zog und es als unerhört erachtete, daß wir eine solche Tagesordnung in unserer Versammlung eingeschüttet hätten. Unerhört ist es nach den „Christen“ also, wenn man gegen ihre Ullgen wehet. In ihrer Versammlung wird kräftig gegen den Verband losgezogen, einzelne Verbandsbeamte in der niedertägigsten Weise heruntergerissen, freie Diskussion verweigert und wenn man sich gegen wehet, begeht man etwas unerhörtes. Merkwürdig, Buchheit auch jetzt wieder eine Reihe Verdrehungen gegen den Verband und besonders gegen Kamerad Leimpeters vor, der nicht anwesend war, gab er nachher keine Diskussion und kam auch nicht nach unserer Versammlung, zu der er eingeladen war. Der Dettinger Streit soll nach Unschuld verloren gegangen sein und die Verbandsangestellten hätten 90 Pf. der aufgenommenen Bergleute in die Tasche gesteckt. Was dem Streit herausgekommen ist, wissen unsere Kameraden in Dettingen nicht brauchen die Leute nur sieben Wagen für einen Waggon zu fahren, dagegen früher neun. Das ist ein erheblicher Erfolg. Buchheit steht weiter mit, daß in Scarabien die Leute vor dem Streik noch nichts in die Gewerkvereinskasse gezahlt hatten, aber dennoch aus der Kasse stehend dem ganzen Streit 2 Mark pro Tag als Streikunterstützung ielten. Wir müssen es Buchheit überlassen, ob er die Wahrheit sagt hat. Wir glauben ohne Beweise keinem „Christen“ und Buchheit recht nicht; aber sollte er die Wahrheit gesagt haben, dann müssen es den „christlichen“ Ruhrbergleuten überlassen, ob sie ihre Beiträge für zahlen, daß Leute davon mit 2 Mark pro Tag unterstützt werden; noch keinen Pfennig in die Kasse gezahlt haben. Zum Schluß gab Buchheit unverblümmt zu verstehen, daß seine Getreuen bei uns Radanen sollten. Einige hatten das auch vor, doch gelang es nicht. Ihre Versammlung, die von 7—800 Kameraden besucht war, verließ in einster Weise. Die Buchheit und Genossen retten das Minettegebiet nicht mehr, es gehört uns.

Lothringen. Vor dem Zuchtpolizeigericht in Luxemburg standen 22. Oktober die Kameraden Bezirksleiter Berg und Rademacher, angeklagt der Revolte, Bedrohung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Beamtenbeleidigung. Wie wir schon berichteten wurden beide Anklage am 23. September bei Altmelingen auf freiem Felde verhaftet, sie eine Bergarbeiterversammlung abhalten wollten. Von dort wurden sie geschlossen nach Luxemburg abgeführt. Berg wurde nach dreitägiger Gefangenschaft gegen eine Haftsumme von 100 Mark wieder frei gelassen, während Rademacher als Untersuchungsgefangener gehalten und aus dem Gefängnis vorgeführt wurde. Er hat also vier volle Wochen in Untersuchungshaft gesessen und sah sehr angegriffen und niedergeschlagen aus. Ihm wurde die Freilassung, auch gegen Ablösung, verweigert, weil er sich aller der aufgeführten Vergehen schuldig gemacht haben sollte, dazu schon seit fünf Jahren Landesverweis halten. Gleichzeitig Berg der Beamtenbeleidigung angelagt war. Aus der Handlung selbst sei angeführt, daß der Brigadier Hentges aus Altmelingen, der die Verhaftung vorgenommen hat, ausführte: Er habe am 23. September, nachmittags gegen 4 Uhr eine Depesche aus Dettingen erhalten, daß deutsche Bergleute auf dem „Steinberg“ bei Altmelingen eine Versammlung abhielten, und da er nach Luxemburger Gesetz das nicht habe, solche Versammlungen zu besuchen, sei er mit noch zweitdarmen hingegangen. Unter den Anwesenden befanden sich Deutsche Luxemburger Landesverweis halten und die er kannte, u. a. auch Rademacher. Diese Leute suchten bei Ankunft der Luxemburger Gendarmen auf deutsches Gebiet zu flüchten, was auch den anderen geglickt ist. Der Rademacher scheint die Grenze nicht gekannt zu haben, denn anstatt darüber zu laufen, lief er der Grenze entlang, blieb schließlich stehen und wurde so eingeholt und verhaftet. Seiner Verhaftung setzte er ersten Widerstand entgegen, weil er glaubte, daß er sich auf deutschem Boden finde. Er ließ sich hinfallen, stemmte sich gegen die Erde und wie letzten Gewalt anwenden. Die Berg angeschobene Kleiderung: „Schlaf kommen die Henkersknechte, die Spitzbuben“, hat der Gendarm nicht gehört. Der deutsche Gendarm Wachsner habe ihm jedoch gesagt, daß Berg auf die Luxemburger Gendarmen gezeigt und laut geteuft habe: „Kameraden, seht, das sind die Henkersknechte, die Spitzbuben!“ Dasselbe habe auch der Dettinger Bürgermeister gesagt und die Arbeiter seien Herr Wachsner das mitteilte, in ein schallendes Hohngelächter ausgetragen. Dadurch habe er sich beleidigt gefühlt und habe darauf auch die Verhaftung Bergs vorgenommen. Der deutsche Gendarm Wachsner kundet, daß die Versammlung in Dettingen dadurch vereitelt wurde, daß der Wirt die Zusage der Benützung seines Lokals zurückzog, und darauf hätten die Leute beschlossen, die Versammlung auf freiem Felde zu halten. Das sei aber nach deutschen Gesetzen nicht statthaft und den sie den Leuten gesagt, um zu verhüten, daß die Versammlung auf deutschem Boden abgehalten würde. Als dann die Leute nach Luxemburg hinübergingen, hätten sie (die deutschen Gendarmen) die luxemburgische Polizei davon in Kenntnis gesetzt. Ungefähr 150 Männer der deutschen Grenze entfernt, hätten sich die Arbeiter zur Versammlung aufgestellt und Berg zu reden angefangen. Die vier Zeugen Bergs bekunden übereinstimmend und positiv, daß Berg ihm zur Last gelegten Worte nicht gesprochen habe. Alle sind während der ganzen Versammlung bis zur Verhaftung in unmittelbarer Nähe Bergs gewesen. Biermann-Lumeg teilt noch mit, daß Gendarm Wachsner Berg einer Verhaftung zu ihm in Dettingen in einer Wirtschaft sagt habe: „Ihren Berg werden wir dieses Mal schön hineinlegen!“

Kameraden, agiert für guten Besuch der Versammlungen!

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Nur alle mit "bezeichneten Zahlstellen gilt diese Tagesordnung:
Die Antwort der Grubenbesitzer auf unsere Lohnforderungen.
Referenten zur Stelle.

Gomnichbach. Jeden ersten Mittwoch im Monat: Steuertag.
Wittbach. Jeden 1. Samstagabend, im Lokale des Herrn Restaurateurs
Eduard Beuthner, Heiligenthal.

Sonntag, den 4. November 1906:
1. Odenthal II. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Bräuer.
2. Obermarglos. Nachmittags 2 Uhr, im Saal des Herrn Mühorst.
Kanien. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Windfelder.

Jeden ersten Sonntag im Monat:

Altenbochum. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Hülshoff.
Aßkerleschen. Nachmittags 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Wilfes.

Breit. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn O. Stelzlaus, "Gasteller".

Beerbach. Abends 7 Uhr, im Gefellenwerteile Amtage.

Borna. Abends 7 Uhr, in der "Wilhelmskühle".

Bredenfeld. Vormittags 10 Uhr: Befreiung beim Vertrauensmann.

Brück. Von 5 bis 10, werben die Betriebe eingefämmelt.

Bitterbach. Vormittags 11 Uhr, im Gerichtskreisamt in Börengrund.

Böslau. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Langbrod.

Böschinghausen. Nachmittags 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Wagner.

Brodel. Nach. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Homburg, Schütte, Wanne.

Brölbach. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Langherrlich.

Brüderkamp. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Kleinimmlinghaus.

Büderup. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Heistermann.

Barmisch. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Bleidtner.

Breitbach, Bez. Lehwig. Nachmittags 8 Uhr, im alten Schützenhaus.

Balle. Nachmittags 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Erbach.

Hammerthal. Nach. 4 Uhr, im Lokale des Herrn H. Kriegsfolle.

Hausham. Jeden Sonntag nach dem Vorschlagszeit, nachmittags 2 Uhr,
im Lokale des Herrn Jos. May zum "Haber".

Heiden b. Wilhelmshöhe. Nachm. 6 Uhr, im Lokale des Herrn v. d. Burg.

Hückede. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Meyer.

Heizowich. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Protzel in

Stawitz bei Rybnik.

Kronthal. Nachm. 8 Uhr, im Lokale des Herrn R. Dottke in Gablenz.

Katzbach. Vormittags 11 Uhr, im "Bienenhaus".

Kündern b. Wana. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Meiningshaus.

Mansfeld. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Weiß, Talwand 192.

Marienstein. Sonntag nach dem 1. Advent, im Vereinslokale.

Markranstädt. Nachmittags 8 Uhr, in der "Woldischenke".

Mulheim/Ruhr II. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Steinbach.

Niebleben. Nachmittags 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Glüß.

Oßkerleschen. Nachmittags 8 Uhr, im "Feldschlößchen".

Ottensen. Nachmittags 8 Uhr, beim Vertrauensmann.

Pannenhelden (Wurnitzreicher). Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Bräuer. Sonnenchein in Bleyerode.

Weitsch. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gantsch.

Wömmelte-Barby. Im Lokale "Zum Kronprinzen".

Querenburg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Kötter.

Kauern. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Lehmann.

Mausdorf. Nachm. 4 Uhr im Lokale des Herrn Knobbe, Bergschlößchen.

Wölk. Goema. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Eleg.

Wölkberg. Vormittags 4 Uhr, im Gewerkschaftskloster, Dombrückstraße 8.

* Möltenhausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Emil Schmitz.

* Schonnebeck II. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Leo. Stolz.

Sommerberg. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des W. C. Schmitz.

Sommerschendorf. Nachm. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte.

Sommerwitz. Nachmittags 8½ Uhr, im Lokale der Frau Wiesener.

Sudervitz. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Anton Wolle

in der "Kleine Erle" Schleiferstraße 10.

Theilen. Nachm. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Böttcher, "Blauer Stern".

Wehlen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Kleinert.

Welschke. Vormittags 10½ Uhr, im Restaurant "Windmühlensonne".

Wintersdorf. Nachmittags 8 Uhr, im Restaurant Paul Spranger.

Wolfenbüttel. Nachm. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Friske, "Ol. Engel".

Wipperfürth. Nachmittags 8 Uhr, im Brauhaus zu Frohburg.

Zipsendorf. Nachmittags 8 Uhr, Lokal wird durch Boten bekannt gemacht.

Jeden Sonntag nach dem 1. des Monats:

Banteln. Im Lokale des Herrn Seeger in Ulrichsrode. Ölherrevison.

Golzer. Im Lokale der Witwe Böltel.

Gornhausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hermann

Vöte. Gasthof "Zur Eiche".

Enso. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Denster.

Senftenberg I. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Seiden-

felder, "Döppluhle".

Threna. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fischer.

Thronitz-Wartmannstädt. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn

Gähn in Gernig, Gasthof zur "Wettiner Eiche".

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen.

Tagesordnung für alle Versammlungen: Die Antwort der Grubenbesitzer auf unsere Lohnforderungen. Referenten zur Stelle.

Donnerstag, den 1. November (Allerheiligen):

Bantau-Hörnschhausen. Nachmittags 8 Uhr und abends 8½ Uhr, im

Lokale des Herrn Scherbrück, Bantau, Hafenstraße.

Bergeborbeck u. Umg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn

Voermann, Hochstraße.

Frielingen u. Umg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Klein-

im Kunzendorf. — Referent: Reichstagsabg. Otto Huse, Essen.

Gatenberg u. Umg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Hans Jenisch (früher Bottenbruch).

Overhausen u. Umg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wehr.

Wehr (Vertreter Karl Wöverath), Duisburger Straße.

Recklinghausen Süd. Nachmittags 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Borellistraße 14. — Referent: Kamerad Eugenjanz, Bottrop.

Wattenscheid u. Umg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Maas (früher Eichenscheid).

Sonnabend, den 3. November 1906:

Gabre-Dorotheendorf. Abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Gartenstraße 29.

Sonntag, den 4. November 1906:

Beuthen-Möhberg. Nachmittags 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Groß-Dombrowskistraße 8.

Wöbbelin u. Umg. Nachmittags 4 Uhr, im Saal des Herrn Budde (früher Wehnsels), Wittenerstraße.

Dortmund. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, "Tierepark", Lepnitz- und Lessingstraßenende, — und nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Eckert, Rheinische Straße 18.

Kirchhöde u. Umg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wittenberg.

Scharnhorst u. Umg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hämle. — Referent: Reichstagsabg. H. Sachse, Bochum.

Freitag, den 9. November 1906:

Alt-Lüßig, Gottesberg, Hellmühne u. Umg. Vormittags 9 Uhr, im Lokale des Herrn Böhm in Alt-Lüßig, — und nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Springer, "Zum Lüßig", in Alt-Lüßig. — Referent: Reichstagsabg. Otto Huse, Essen.

Sonnabend, den 10. November 1906:

Altwasser, Neu-Salzbrunn u. Umg. Vormittags 8 Uhr, im Gasthaus "Zur Krone" in Altwasser, — und abends 7 Uhr, im Gasthaus "Zum Annahof" in Neu-Salzbrunn. — Referent: Reichstagsabgeordneter Otto Huse, Essen.

Sonntag, den 11. November 1906:

Kamen u. Umg. Nachm. 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Hesselmann.

Referent: Reichstagsabg. H. Sachse, Bochum.

Neuroder Meier. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Stephan in Schlegel (Colonia Lippstadt), — und nachmittags 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Max Hermann, Gasthaus "Zum zw. Waller", in Kunzendorf. — Referent: Reichstagsabg. Otto Huse, Essen.

Belegschafts-Versammlungen

Donnerstag, den 1. November (Allerheiligen):

Gabilinhorst, Bladenhorst, Baugel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte, für die Bege. Viktor I., II. und III.

Sunlight Seife

ist bei höchster Reinigungskraft frei von allen schädlichen Bestandteilen

Eine weiche Seife (Schmierseife) von außerordentlicher Reinigungskraft kann man sehr billig — das Pfund für nur 5-6 Pf. — auf folgende Weise herstellen: Man nimmt ½ Doppelsstück Sunlight Seife, schabt es zu Schätzeln und löst diese in 1-1½ Liter Wasser durch fleissiges Umrühren auf. Ein vierter Liter dieser weichen Sunlight Seife einem Eimer Wasser zugesetzt, ist vorzüglich zum Reinigen von Geschirr, Silberzeug, Bilderrahmen, Küchengeräten, Fußböden etc. weil sie die Malerden und Vergoldungen erhält und aufreißt. Überzeugen Sie sich selbst!

Kaufet frühzeitig!

Mehr als 100 000 von diesen herrlichen Christbaumgeläuten konnten im vor. Jahr durch die starke Nachfrage nicht geliefert werden. In diesem Jahr bringe ich ein neues Geläute in den Handel, das in seiner Verwendung nicht nur als Baumspiele, sondern auch als Tischgeläute verändert wird.

6 schwiegende Goldengel

halten die harmon. abgestimmten Glocken fest, während die silberartige Turbine nach Anzünden der Kerzen die Glöden in Schwingung versetzt, worauf eine aus der Ferne hörbarendes Goldengelklang erkönnt. Für tödelloses Funktionieren wird garantiert. Das ganze wird von einem wunderschönen Stern überzählt. Sodann ist an dem Geläute der sinnreiche Spruch „Ehre sei Gott in der Höhe“ angebracht. Preis

95 Pf., Porto extra.

Gleichzeitig bietet ich meinen bestausgeführten Prachtweihnachtskarten an,

enthaltend: 1 Geläute, „Ehre sei Gott in der Höhe“ (wie Abbildung), 12 Stück hochfeine Fantasy-Kantinensterne und Figuren.

Einzelpreis sonst 15 Pf. p. Stück. Das

Ganze zu nur 1,80 Mk., Porto extra.

Bei Abnahme von vier Geläuten oder

zwei Prachtkartons lege ich extra noch

20 Pf. auf.

24 Kerzen oder 1 Dkk. Kerzenhalter gratis bei.

Verwandt nur gegen Nachnahme.

Mein berühmter Weihnachtskatalog, besonders reichhaltig in allen erdenklichen Kinderwünschen, so wie sonstigen Stahl-, Holz-, Silber-, Leder- und Haushaltwaren mit 5000 Abbildungen, gratis und franko.

Fabrik ff. Stahlwaren

1177

„Zum 1. Advent“

„Zum 2. Advent“

„Zum 3. Advent“

„Zum 4. Advent“

„Zum 5. Advent“

„Zum 6. Advent“

„Zum 7. Advent“

„Zum 8. Advent“

„Zum 9. Advent“

„Zum 10. Advent“

„Zum 11. Advent“

„Zum 12. Advent“

„Zum 13. Advent“

„Zum 14. Advent“

„Zum 15. Advent“

„Zum 16. Advent“

„Zum 17. Advent“

„Zum 18. Advent“

„Zum 19. Advent“

Mißstände auf den Gruben.

Ruhrevier.

Gewerkschaft Constantine. Wie uns mitgeteilt wird, hat diese Gewerkschaft eine Wohnverhältnis eingetreten lassen, die besonders Schichtlöhner und Schleppern zugute kommt. Hoffentlich geht die Verwaltung nun davon aus, den Bergarbeitern die Höhre zu erhöhen und in einer Stunde sie hübscher zu gestalten. Bei gutem Willen läßt sich auch dies durchführen, wenn auch die Verhältnisse im Bergbau es vielfach erfordern. Der große Unterschied zwischen den Höhren der Bergarbeiter ist es mit, daß der Gewerkschaftsbereich so groß ist. Auch ist es eine alle Erholung, daß nicht immer die besten Arbeiter höhere Höhne haben. Es spielen bei Orts- und Abzugsverhältnissen eine große Rolle mit. Die Beamten erhalten ihre gleichen Gehalte, ob die Abzugsverhältnisse glücklich oder ungünstig sind, man könnte auch den Arbeiter etwas berücksichtigen, indem man ihn nicht für das schlechte Begehr über für sonstige schlechte Verhältnisse hält. Indem er weniger verdient, als seine Kameraden vor anderen Arbeitsstellen.

Beche Dannenbaum, Schacht Gusenbaum. Ein strämmes Regiment herrscht hier und macht sich dies durch Strafen besonders bemerkbar. So standen am 10. September 180 Mf. 60 Pfg. Strafen auf Brett. Es waren Kameraden darunter, die ihre Schicht vorher herausgemacht hatten um den Wittener Jahrmarkt zum Einkauf eines Schuhes benutzen zu können. Einer der Bergarbeiter beschwerte sich bei Betriebsführer Lüdtke in manu, doch meinte dieser, er habe doch 10 Mf. Unterstützung bekommen. Wie soll denn dies genügt sein? Hauptsächlich wie doch keine Unterstützung ausbezahlt, daß der Untergangste Steife davon bezahlen kann? Auch Steiger Gauwittia könnte seine, die Arbeiter beleidigenden Nebenkosten unterlassen. Besonders viele Klagen hört man über schlechte Gedinge, besonders da, wo die Kameraden mit Gebetsstunden und schlechten Gehalts zu tun haben. Außer, daß man vor solcher Arbeit schlecht verdient, bekommt man auch noch allerlei Kosten an zu hören, wenn man die bestimmt Anzahl Wagen trockner Schüttel nicht liefern kann. Ferner wird ersucht, die vollen Abrollkäbel auf der 40 Meter Sohle durch leere zu ersetzen, damit der dort herrschende Ablo Geruch verschwindet. Wenn man hat die Nase auf diesem Platz schon so voll, ohne diese Umbraudstufe einzutreten.

Beche Deutschland (Schacht Weust). Auf diesen Platz, scheinen die Verhältnisse des Bergbaugesellschaft nicht zu verteilen. Am 18. Oktober wurde im Abzug Mauselatt eine Doppelsichtung verfahren, wo bleibt da die achtstündige gesetzliche Ruhepause? Überbeschichtungen gibt es natürlich in Welle, meinten doch unlängst der Steiger Fehtel, die Reparaturen der Stützen mitsamt den Überbeschichtungen gemacht werden. Die Verwaltung könnte auch baldst Sorge tragen, daß die Waschstube vergrößert wird, denn jetzt ist der Platz nicht ausreichend. Die Stövder hängen bis an die Brauen und durch das hin und hergehen der Kameraden wird das Heug nach und schnüllt. Vielleicht wäre es auch möglich, den Wagen etwas mehr Schritte angehen zu lassen, denn es fällt schon schwer, fortzubringen, vielleicht erst wenn sie beladen sind. Herr Betriebsführer Pohlke scheint von diesen Überbeschichtungen nichts zu wissen, sonst wären sie schon längst abgeschafft, was ebenfalls jetzt eintreten wird.

Beche Deutscher Kaiser, Schacht I. Die Beamten schreien nach Kohlen, die Arbeiter nach Holz zum verbauen. Besonders herrscht im Revier VI und am Ende des Monats Holznotstand. Das Wasser der Brausen in der Waschstube könnte besser temperiert sein. Unlängst wälzte sich ein an Bludbarientündung Erkrankter hilflos in der Waschstube, es wäre gut, wenn der Betriebsleiter für solche Fälle Rücksichtnahmen mitbringt. Auch könnte dieser Mann, wenn Kameraden ihre Nummer nicht laut rufen, sie in etwas höflicherem Tone nach der Nummer fragen wie bisher. Von den angeworbenen Schleppern wird gestagt, daß, wenn sie Vorschuß haben wollen, Stunden, ja öfters Tage vergehen, ehe sie solchen bekommen können. Vielleicht, daß die Verwaltung für Abhilfe sorgt.

Deutscher Kaiser, Schacht II. Im Revier XII war 14 Tage lang die Söhlstreit der reine See, die Mäder der Förderwagen waren bald nicht mehr zu sehen. Armer Knappe und armes Pferd, die in einem solchen Lumpen die ganze Schicht herumwaten müssen. Möglicherweise der Einfahrt der Förderstrecken der Reviere XII und XIII einmal ansehen, 7 bis 8 Kölzer sind in der Strecke gebrochen, Kappen liegen öfters nur noch auf einem Stempel und ist derselbe noch am Stumpf ausgerutscht. Dies kann man nicht nur tags, sondern monatelang beobachten. Vor Ort muss aber alles tabellös im Schub sein, da wird darauf geachtet. Ferner liegen manche Kameraden, daß sie am 8. Oktober erst große Scherereien hatten, ehe sie Abschlag bekommen. Dieser Abschlag ist aber doch nichts geschenkt, sondern verdientes Geld. Sorge man deshalb, daß in allem Angehörigen Rücksicht eintritt.

Beche Dorstfeld, Schacht II und III. Die Belegschaft dieser Beche würde es mit Freuden begrüßen, wenn das Olgeld nicht mehr abgezogen, sondern, ebenso wie auf anderen Stellen, gratis geleistet würde. Oben verhält es sich, wenn ein Hakenstiel kaput geht, er muß bezahlt werden; während man auf anderen Stellen ihn nur umzutauschen braucht. So kostet ein Patenstück hier 5 Pfg. und kommt es vor, daß man 1,40 Mf. und noch mehr für Gezähne im Zahnbuch stehen hat. Auch kommt es den Kameraden so vor, als wenn das Geschok immer teurer wäre, wenn die Kameradschaft einmal einen etwas höheren Lohn verdient hätte. Vielleicht wäre gut, dem durch Ansatz der Preise vorzubeugen. Auch könnte man wohl den Lehrhauern liefern, ohne daß dadurch der Überbruch besonders geschmälert würde.

Beche Hercules, Schacht Katharina. Die Kameraden, welche hier fest anfahren, würden sich am meisten über die reichhaltige Kollektion von Strafzetteln freuen. Waren doch am 11. Oktober 200 Mf. Strafzettel auf dem Brett, wegen unreiner Kohle und willkürlichen Feiern. Der Strafzettel wurde schon vergrößert, reicht aber noch nicht aus, vielleicht geht die Verwaltung dazu über, einen Glasappell zu errichten, als Ausstellungsobjekt könnte man dann zur äußersten Ansicht Strafzettel ausschlagen. Im August wurden 31 Männer mit je 75 Pfennigen bestraft, weil sie am Sonntag die Grubenkleider hängen ließen, obwohl ein Steiger dies erlaubt hatte, auf daß die Leute, welche am Sonntag eine Überbeschicht versuchen, sich Sonntags nicht mit dem Kleiderblindel abziehen könnten. Nachträglich wurde einigen die Strafe auch vom Herrn Betriebsinspektor erlassen, da es sich herausstellte, daß sie Überbeschicht gemacht hatten. Ferner könnten auch alle Türen zum Steigerbüro passierbar sein, nicht, daß öfters nur die hintere Türe offen steht, auch manchmal alles verschlossen ist und die Kameraden vor den Fenstern in die Höhe springen — wie die Puppen — wenn sie mit ihrem steigen etwas sprechen wollen. In den Bauen könnten die bergpolizeilichen Vorschriften besser befolgt werden, besonders bei dem losmachen gewonnenen aber wieder festgesetzter Kohle, ist doch dabei schon mancher Kamerad ums Leben gekommen. Die Hauer, welche die Kohle losmachen, dürfen auch denselben Lohn bekommen, als wenn sie in der Stube arbeiten, und nicht nur 4,25 Mf. Oder glaubt man, daß sie bei einem solchen Lohn doch besser mühen, um nur baldst von dieser Arbeit wieder wegzukommen? Hoffentlich sorgt die Verwaltung für Beseitigung dieser Mißstände, denn, wer arbeitet, will auch einen Lohn haben, um wie ein Mensch leben zu können.

Beche Werner. Wie halten es für unsere Pflicht die Bechenerwaltung und Bergbehörde auf den Ausseher Horn aufmerksam zu machen. Beim Besuch der Schläge in der westlichen Richtstrecke, 780 Meter-Sohle, fallen die Löcher öfters zu. Wenn nun Horn vier bis fünf Patronen darinnen hat, stößt er mit voller Wucht den Dadock durch die Patronen, nimmt den Schlangenbohrer und bohrt das Loch nach. Dabei flucht er, daß einen hören und sehen vermag. Vielleicht sieht sich die Verwaltung den Mann einmal etwas näher an, ehe er durch seine Kraftproduktionen eine Dynamitexplosion herbeiführt.

Beche Zollverein, Schacht I u. II. Weltenschein steht Bergrat Klein den Verhältnissen gegenüber mit seiner Behauptung, die Bewegung unter den Bergarbeitern sei auf eine sozialdemokratische Partei zurückzuführen. Wir wollen ihm darum raten, auf obengenannte Beche einmal, wenn auch nur für kurze Zeit, als einfacher Arbeiter (nicht als Bergrat) tätig zu sein und wir sind genügt, daß er von seinem Wahne gründlich bereit sei und einsehen wird, daß diese Bewegung einem allgemeinen Gedanken der Bergarbeiter entspricht. Der Geist des absoluten Herrn im Hause, den selbst die "Nordb. Allg. Blg." für einen überwundenen hält, herrscht dort noch unbedämpft und die Arbeiter müssen seufzend dieses Joch tragen, weil man es meistens verstanden hat, durch Anlage weit ausgedehnter Kolonien und Einrichtung von Zechenkonsums sie in die größtmögliche wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. Was man der Welt als Wohlstat hinzustellen sucht, wird hier zur Plage, zum Wahne für die Arbeiter. Und die Beamten sind sich ihrer Macht auch sehr wohl bewußt und handeln nach dem Grundsatz: "Macht ist Recht, wer sich nicht stellt, liegt". Wehe dem Arbeiter, der beim Abschluß der Gedinge es nicht geringen zu machen. Wem das nicht paßt, kommt aus der Arbeit heraus oder kann überhaupt keinen heißt es gleich, und der Arbeiter muß sich, wenn auch zähneknirschend, fügen, weil er im andern Falle nicht nur sofort aus der Arbeit, sondern auch aus der Wohnung fliegt.

Hudem haben manche Arbeiter dann im Amtskunverein noch eine ganz häbische Kreide, sodass sie in diesen Fällen nutzlos mit ihren Fausten auf der Straße stehen. Besonders Großes im Schikanieren der Arbeiter leistet Steiger S. Unbestimmt um die Bestimmungen der Arbeitsordnung reguliert dieser Herr die Gedinge nach Belieben, zu jeder ihm beliebigen Zeit. So wurde einer Kamerad, die von Januar bis März in einer Arbeit tätig war, am letzten März das Gedinge von 50 auf 45 Pfg. reduziert, trotzdem im März nur 47 Mf. und in den vorhergegangenen Monaten noch weniger verdient worden war und von einer Höhungsänderung ebenfalls absolut keine Rede sein konnte. Vergebens verwirren die Kameraden auf die Bestimmungen der Arbeitsordnung; wenn es nicht paßt, kommt aus der Arbeit heraus, heißt es, und damit basta. So auch das Überbeschichtmessen in höchster Stille steht, ist nicht zu verhindern, hat man ja auch dort so allerlei kleine Mittelchen an der Hand, um die sich Weigernden gefügig zu machen. In die Arbeit der betreffenden Leute werden andere hingestellt oder aber sie werden aus ihrer Arbeit heraus in andere schlechter verlegt. Besonders berücksichtigt als Strafbarkeit ist das Ort 28 im Revier des Steigers L. und tut sich dieser Steiger auch als Treiber zu den Überbeschichtungen besonders hervor. Wenn ihn die Überbeschichtungen nicht verfahren wollt, so kommt ihm die höchst luxuriert werden, das ist die letzte Riedwendung dieses Herrn, die er den Arbeitern zusetzt. Selbst die Pferde werden von diesem Überbeschichtmeister nicht verschont, so mußte ein Pferd im Revier des genannten Steigers, trotzdem es noch obenbrettfall total wund war, in drei Wochen 18 mal Doppelricht machen. Es ist dieses eine gerade ungemeinliche Tierhinderel. In ebenso hoher Stille wie das Überbeschichtmessen, steht auch das Strafvesen. Siehe Meltingkeit wird bestraft, als ob sich die Bergarbeiter ihre Großzüge nur so von den Wänden schlitzen. So standen anfangs September an einem einzigen Tage 127 Männer am Schwarzen Brett wegen Nichtbefolgung eines gegebenen, "Beschluß" welcher hohn auf unsere Kultur (D. B.), Laden unreiner Kohlen, willkürlichen Feiern und dergl. mehr. Nach die Blümlichkeit bei der Gefahrt läßt viel zu wünschen übrig und scheinen die bleibbaren gesetzlichen Bestimmungen für die Grubenverwaltung nur auf dem Papier zu stehen. Die Gefahrt beginnt gewöhnlich des Morgens schon um 5 Uhr und ist in der Regel 10 Minuten vor 8 Uhr beendet. Das Mittags bei der Ausfahrt beginnt aber die Gefahrt erst um 2 Uhr und dauert in der Regel bis 2½ Uhr, sodass seine 8½, sondern 8½-Öffnungszeit besteht. Wir sind nicht so läufig zu hören, daß die Bergarbeiter ihre Großzüge auswaschen, nur ein Beamter ließ sich herbei, etwas Garbos auf die Wunden zu gleichen. Netze Sanitätsmaßnahmen! In einer Bahnhofszimmerung in Linden nahmen die Kameraden zur Lohnfrage Stellung. Das genügte, um die Löhne schnell etwas zu erhöhen, aber das dicke Ende kommt noch. In der neuen Lohnstube gibt es für Hauer 4 Mark, für Förderer 4,50 Mark, für Lehrhauer 4-4,50 Mf., für Förderer leute 3,50-3,80 Mark. Nun sieht die Sache, wie die Kameraden sagen, so: Wer es verträgt, sich die Gunst zu erwerben, erhält die höhere Stille. Bei den Überbeschichtungen in das Krankenzimmer zu bringen, schafft man ihm in die Stille und möchte sich der Schwerverletzte die Wunden selbst auswaschen, nur ein Beamter ließ sich herbei, etwas Garbos auf die Wunden zu gleichen. Netze Sanitätsmaßnahmen!

In einer Bahnhofszimmerung in Linden nahmen die Kameraden zur Lohnfrage Stellung. Das genügte, um die Löhne schnell etwas zu erhöhen, aber das dicke Ende kommt noch. In der neuen Lohnstube gibt es für Hauer 4 Mark, für Förderer 4,50 Mark, für Lehrhauer 4-4,50 Mf., für Förderer leute 3,50-3,80 Mark. Nun sieht die Sache, wie die Kameraden sagen, so: Wer es verträgt, sich die Gunst zu erwerben, erhält die höhere Stille. Bei den Überbeschichtungen in das Krankenzimmer zu bringen, schafft man ihm in die Stille und möchte sich der Schwerverletzte die Wunden selbst auswaschen, nur ein Beamter ließ sich herbei, etwas Garbos auf die Wunden zu gleichen. Netze Sanitätsmaßnahmen!

Beche Deutschland (Schacht Weust). Hier diesen Platz, scheinen die Verhältnisse des Bergbaugesellschaft nicht zu verteilen. Am 18. Oktober wurde im Abzug Mauselatt eine Doppelsichtung verfahren, wo bleibt da die achtstündige gesetzliche Ruhepause? Überbeschichtungen gibt es natürlich in Welle, meinten doch unlängst der Steiger Fehtel, die Reparaturen der Stützen mitsamt den Überbeschichtungen gemacht werden. Die Verwaltung könnte auch baldst Sorge tragen, daß die Waschstube vergrößert wird, denn jetzt ist der Platz nicht ausreichend. Die Stövder hängen bis an die Brauen und durch das hin und hergehen der Kameraden wird das Heug nach und schnüllt. Vielleicht wäre es auch möglich, den Wagen etwas mehr Schritte angehen zu lassen, denn es fällt schon schwer, fortzubringen, vielleicht erst wenn sie beladen sind. Herr Betriebsführer Pohlke scheint von diesen Überbeschichtungen nichts zu wissen, sonst wären sie schon längst abgeschafft, was ebenfalls jetzt eintreten wird.

Beche Nordstern. Ausführliche Beschreibung Bonn.

Grube Amanda. Die Belegschaft dieser Grube sieht, veranlaßt durch die Verbesserung der Lebensmittel, Anfangs Oktober Lohnforderungen. Am 11., 15. und 18. Oktober standen durch den Arbeiterausschuß geführte Verhandlungen mit der Verwaltung statt, die obwohl die Forderungen zuletzt bedeutend erhöht waren, zu keiner Verständigung führten. Die Belegschaft fordert eine Erhöhung des Normallohnstuhns, der jetzt 2,40 Mf. beträgt auf 3,20 Mf., ferner eine Gedingeerhöhung von 50 Pfg. pro Tonne. Doch sieht es die Verwaltung zum Neuersten kommen und ihr fällt die Schulde zu, das am 18. Oktober der Streik ausbrach. Die Grube Amanda bei Rauborn gesegnet, uns bekannt durch ihre seltene "sandige" Trinkwasserleitung, gehört dem Aktiengesellschaft Auberiusche Eisenwerke. Die auf dieser Grube beschäftigten Arbeiter sind meistens ansässige Leute, die nach getaner Grubenarbeit noch auf ihrem kleinen Stück Land arbeiten, da der Verdienst, den sie von der Grubenarbeit erhalten, nicht ausreicht, um ihre Familie ernähren zu können. Waren diese Arbeiter nicht so anspruchslos und liebten ihr Stückchen Heimatland nicht über alles, schon längst hätten die Grubenherren dazu übergehen müssen, andere Löhne zu zahlen. Man kann hier deutlich sehen, daß sogar dem Arbeiter seine Liebe zur Heimat schaden kann. Stein fremder Arbeiter und wenn er aus der rücksichtslosen Gegend käme, würde sich dazu hergeben für Löhne, wie sie hier bezahlt werden, zu arbeiten. Würden braucht man sich unter solchen Verhältnissen nicht, wenn die Aktiengesellschaft Auberius schöne Überbeschichtungen erzielt. Hatte sie doch im Jahre 1905 einen Überbruch von 2 184 000 Mf., 30 000 Mf. mehr wie im Vorjahr. Nach 1 880 000 Mf. für Abschreibungen bleibt ja noch eine ganz schöne Summe für die "armen" Aktiönen und die so "schwere" Arbeit leistenden Überbeschichtungen übrig. Ja, Arbeit ist des Altersbers Pforte. Segen ist der Mühe Preis, die Herde läuft man gerne dem Arbeiter und segnen sich gewöhnlich die zuerst, die den Geldbach in der Hand haben. Während die Gesellschaft von Jahr zu Jahr mehr abschreibt und hübsche Dividenden überträgt, den des Glangenjahrs 1900/01 noch um 76 000 Mf. Da man direkt über 281 020 Mf. mehr zu Abschreibungen verwendet, bleibt die Dividende um 2½ Prozent hinter der damaligen zurück. Zu den erhöhten Abschreibungen haben — verklärte Löhne beigetragen müssen. Die Zahl der Beschäftigten ist um elf gesunken, die gezahlte Lohnsumme aber um 60 000 Mf. Auf den Kopf der Belegschaft entfällt in

1904/05 1905/06
Gewinn . . . 780 Mf. 825 Mf.
Lohn . . . 1100 1080

Aus den Arbeitern wird pro Kopf 55 Mf. mehr Gewinn herausgeholt, daß klar ist man die Löhne um 11 Mf. Das ist Harmontiel — Die Ludwigshafener Walzmühle klagt für das abgelaufene Geschäftsjahr die Erhöhung des Lohnkontos um 11 197 Mf. Das hat aber nicht gehindert, einen um 314 000 Mf. höheren Reinigewinn herauszuschlagen und den Tantiementräger 70 735 Mf. mehr zu zahlen, sodass die Überbeschichtungen fast gerade soviel begleichen, als die Aktiönen. Die zehnprozentige Dividende, die nur 22 Prozent des Betriebsgewinns darstellt, beansprucht 200 000 Mf., an Tantiemen werden verteilt 184 774 Mf. Mit Rücksicht auf diese glänzende Geschäftslage kann und muss dem Arbeiter eine Lohnaufweiterung zuteil werden. Organisiert euch, Kameraden, ein anderes Hilfsmittel gibt es für euch nicht.

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen. Aus dem hessischen Braunkohlenrevier. Wie es aussicht mit den Interessen zwischen Kapital und Arbeit, das zeigt der Betriebsbericht der Hessischen Montanwerke A.G. in Halle. Die Harmonie geht hier auf in der Formel: Mehr Gewinn, weniger Lohn! Die Gesellschaft verzerrt für das letzte Geschäftsjahr 12 Prozent Dividende. Der Betriebsabteilung übertragen übertragen den des Glangenjahrs 1900/01 noch um 76 000 Mf. Da man direkt über 281 020 Mf. mehr zu Abschreibungen verwendet, bleibt die Dividende um 2½ Prozent hinter der damaligen zurück. Zu den erhöhten Abschreibungen haben — verklärte Löhne beigetragen müssen. Die Zahl der Beschäftigten ist um elf gesunken, die gezahlte Lohnsumme aber um 60 000 Mf. Auf den Kopf der Belegschaft entfällt in

1904/05 1905/06
Gewinn . . . 780 Mf. 825 Mf.
Lohn . . . 1100 1080

Aus den Arbeitern wird pro Kopf 55 Mf. mehr Gewinn herausgeholt, daß klar ist man die Löhne um 11 Mf. Das ist Harmontiel — Die Ludwigshafener Walzmühle klagt für das abgelaufene Geschäftsjahr die Erhöhung des Lohnkontos um 11 197 Mf. Das hat aber nicht gehindert, einen um 314 000 Mf. höheren Reinigewinn herauszuschlagen und den Tantiementräger 70 735 Mf. mehr zu zahlen, sodass die Überbeschichtungen fast gerade soviel begleichen, als die Aktiönen. Die zehnprozentige Dividende, die nur 22 Prozent des Betriebsgewinns darstellt, beansprucht 200 000 Mf., an Tantiemen werden verteilt 184 774 Mf. Mit Rücksicht auf diese glänzende Geschäftslage kann und muss dem Arbeiter eine Lohnaufweiterung zuteil werden. Organisiert euch, Kameraden, ein anderes Hilfsmittel gibt es für euch nicht.

Regierungs Aken. Ende August löste ein Agent, namens Ilkran, sieben österreichische Kameraden hierher. Vier dieser Leute sind nun schon längere Zeit abgekehrt, ein Arbeiter mit seinen zwei Söhnen arbeitete noch bis zum 17. Oktober. An diesem Tage kam er von der Nachschicht zurück in sein Logis in der Kantine. Hier erhielt er den Befehl, sofort Etroßade zu stopfen. Er wies dies natürlich zurück, da er doch seine Wette in der Kantine bezahlt und beschafft hat. Er verlor die Dividende um 2½ Prozent des Betriebsgewinns, die er auf 2,48 Mf. bei diesen Abgaben handelt, es sich mit die Löhne unterdrückt beschäftigter Arbeiter. Die Lebensmittelpreise sind im Weißlarer Gebiet einen Deut billiger als anderswo und hätten die meisten ansässigen Bergarbeiter nicht noch ein kleines Stückchen Land, das sie von ihren Vätern erbetteln, aber das auch öfters mit Schulden belastet ist, sie könnten bei ihrer Arbeit, wörtlich genommen, verhungern. Die Verwaltung sucht nun die Arbeiter damit hinzuhalten, indem sie betont, daß wenn im Dezember das Eisen im Preise steigt, sie sich vielleicht bereit finde, auch die Löhne zu erhöhen. Die Arbeiter sind es aber leid, sich von einem Tag zum anderen trösten zu lassen und verlangen für ihre Arbeit auch einen angemessenen Lohn. Hoffentlich wird die Verwaltung bei der stattduldenden Verhandlung vor dem Berggewerbege richt mit sich reden lassen, denn auf Arbeiter wie Unternehmer trifft das Sprichwort zu: „Friede ernährt, Unfriede verzehrt.“

Beche Nordstern. Ausführliche Beschreibung Bonn.

Braunkohlengrube Margaretha. Die Schlepper belägen sich über zu schwere Schmiererei der Wagen. Dieselben sind kaum fortzubewegen. Wohl sind sie mit steilesten bezeichnet, was heißen soll, sie geschmiert seien. Aber die steilesten allein lassen den Wagen nicht besser laufen, er muß auch Schmiererei in die Achsen bekommen. Auch die Klagen über schlechte Bahn neigen sich Ende, es geht öfter auf Laufstößen. Ferner ist das Bad für die Belegschaft zu klein. Besuchte die Versammlungen gut, Kameraden, ein Lokal steht uns jetzt in Eichenhahn zur Verfügung. Nur durch starke Kritik und freie Aussprache wird es uns gelingen, die Beseitigung der Mißstände zu erreichen.

Königreich Sachsen.

Altenessen. In Alter Nr. 42 vom 20. Oktober findet sich auf Seite 5 unter „Beche Einscher“ eine Notiz, welche Sie, da Sie in dem Artikel behaupteten Tatsachen bei uns nicht zutreffen und hier nur eine Vernehlung mit einer anderen Beche vorlegen kann, auf Grund von § 11 des Preßgesetzes gefälligt in der nächsten Nummer dahin berichtigten zu wollen: 1. daß keine der wenigen, am 1. September neu eingestellten Leute sich über ein niedriges Gehüne beschwert und nach diesen Aufbesserung geblieben wäre; 2. daß aus unseren Einscherrächen alle Tassen herunterfallen, daß sie nicht besser laufen, er muß auch Schmiererei in die Achsen bekommen. Auch die Klagen über schlechte Bahn neigen sich Ende, es geht öfter auf Laufstößen. Ferner ist das Bad für die Belegschaft zu klein. Besuchte die Versammlungen gut, Kameraden, ein Lokal steht uns jetzt in Eichenhahn zur Verfügung. Nur durch starke Kritik und freie Aussprache wird es uns gelingen, die Beseitigung der Mißstände zu erreichen.

Egyptische Plagen.

Altenseen. In Alter Nr. 42 vom 20. Oktober findet sich auf Seite 5 unter „Beche Einscher“ eine Notiz, welche Sie, da Sie in dem Artikel behaupteten Tatsachen bei uns nicht zutreffen und hier nur eine Vernehlung mit einer anderen Beche vorlegen kann, auf Grund von § 11 des Preßgesetzes gefälligt in der nächsten Nummer dahin berichtigten zu wollen: 1. daß keine der wenigen, am 1. September neu eingestellten Leute sich über ein niedriges Gehüne beschwert und nach diesen Aufbesserung geblieben wäre; 2. daß aus unseren Einscherrächen alle Tassen herunterfallen, daß sie nicht besser laufen, er muß auch Schmiererei in die Achsen bekommen.

Arbeitersekretariat Bochum
Wiemelshäuserstraße 40.
Unentgeltliche Auskunftsstelle
für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter
und Arbeitnehmer. Sprechstunden
in Bochum: 9—11 Uhr vorm. und
14—17 Uhr nachm. Sonntags und
Feiertags geschlossen; in Witten:
jeden Donnerstag von 10 Uhr vorm.
bis 12 Uhr nachm. im Büro des Herren
Kaufs. Oberstraße. 1002

Bochum.
Die Gewerkschafts-Bibliothek
Ist jeden Sonntag, vormittags
von 9½ bis 11½ Uhr und jeden
Mittwoch, abends von 7½ bis
9½ Uhr im Büro des Herrn Schäfer
(Unter der Ringstraße), geöffnet. Um
zahlreiche Belehrung wird erachtet.

Achtung! Kassenvertreter
für das Augan-Dessauer Revier.
Gunning, den 4. Novbr.,
Nachmittags 4 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Restaurant "Zur grünen Linde"
in Detmold.

Zusageordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Streitregelung.
3. Besprechung des Berginspektionsberichts für unser Revier.
4. Gewerkschaftsklassenvertreterwahl.
5. Verabschiedung.

Es ist Pflicht der Mitglieder zu
erklären. Der Vorstand.

Gegen-Erklärung.

In Nr. 42 dieser Zeitung wurde
angefordert, die angeblich gegen
den Kameraden Hennicke vorgenommenen
ausgesprochene Verdächtigung,
er habe sich auf Betriebsfahrt unter
Schleierwagen durch Ummumerieren
angezogen, zurückzunehmen. Da ich
eine beratige, ironie belebige
Neuerung absolut nicht getan, habe
ich folglich auch nichts zurückzu-
nehmen. Auch habe ich zu einem
"Racheakt" gegen den Kameraden
Hennicke gar keine Veranlassung.
Dohlausen II, 23. Oktober 1906.
1264 H. Spratte.

Erklärung.

Die Neuerung gegen den Bezirks-
leiter Hennicke, er hätte Unter-
schreibungen gemacht und dadurch die
Offenheit getäuscht, nehme ich
bereits zurück.

Dohlenburg, den 25. Oktober 1906.

H. Spratte.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehme ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Ebenfalls gegen den Bezirks-
leiter Hennicke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.

Die Beleidigung, die ich gegen
Ant. Oeserbrücke ausgesprochen
habe, nehm ich mit Bedauern zurück.

Andreas Hendriks, Braunschweig.